

GRAPHISCHE PRESSE

ORGAN FÜR DIE INTERESSEN DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER, CHEMIGRAPHEN, PHOTOGRAPHEN, LICHT-UND KUPFERDRUCKER, FORMSTECHEP, TAPETEN-U. WACHSTUCHDRUCKER U. VERW. BERUFE.

Abonnement.

Die Graphische Presse erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementpreis: 1 Mk. inkl. Zustellung pro Quartal. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postämter. (Post-Ztg.-Kat. No. 3573.) Für die Länder des Weltpostvereins Mk. 1,25.

Redaktion:

Paul Barthel, Friedrichshagen-Berlin, Viktoriastraße 28. Verlag: Otto Sillier, Berlin N. 28, Telefon: Amt III, 5368. Druck und Expedition: Conrad Müller, Schöneberg. Redaktionsschluß Sonnabend.

Insertion.

Für die viergespaltene Pettzeile oder deren Raum 30 Pfg., bei Wiederholung Rabatt. Für Vereinsmitglieder sowie Verlautbarungen 15 Pfg. pro Zeile. Befolgen nach Uebersehbarkeit.

Inhalt.

Hauptteil: Bekanntmachungen. Das polygraphische Gewerbe in der Statistik der Lohnbewegungen und Kämpfe 1910. Aussperrungs-Weihnachten. Rundschau. Politische Monatsschau. Die Gewerkschaften und die Reichstagswahlen, II. Die Lohnbewegungen und Kämpfe 1910. — **Allgemeines:** Olossen zur Bewegung, VII. Ueberzeugung. Gautag in München. Ortsberichte: Aus den Streik- und Aussperrungsarten. — **Der Lithograph:** Falsche Muster. Aus den Sektionen: Berlin. — **Die photom. Fächer:** Eine verpuffte Staatsaktion. — **Die Tapetenbranche:** Zum Artikel: Unser Arbeitsnachweis. Aus den Sektionen: Leipzig, Lüneburg. — **Fauleton:** Unser Weihnachtsraum. Zum Nachdenken. Vom Bäckertisch. — **Anzeigen.**

Bekanntmachungen.

Streik- und Aussperrungsorte:

Altwater. Aschaffenburg. Barmen Berlin. Bielefeld. Braunschweig. Bremen Breslau. Cassel. Chemnitz. Crefeld. Crimmitschau. Döbeln. Dresden. Düren. Frankfurt a. Main. Freiburg i. Schl. Fürth. Gera. Halberstadt. Halle a. Saale. Hamburg. Hannover. Heilbronn. Höchst a. M. Hofjöhienau. Höxter. Kempen Rbl. Kiel Kirchhain N.-L. Lahr i. B. Leipzig. Lindenruh bel Glogau. Lübeck. Magdeburg. Mainz. Mannheim. Mügeln bei Dresden. Mühlhausen i. Thür. Nerchau. Niedersiedlitz. Nürnberg. Offenbach a. M. Rheydt. Saalfeld. Schlettau. Schwabach. Stettin. Stuttgart. Würzburg. Wurzen. Zeitz.

Bei jedem Stellungswechsel, auch am Ort, muß unbedingt vor Annahme des Engagements Auskunft eingeholt werden!

Das polygraphische Gewerbe in der Statistik der Lohnbewegungen und Kämpfe 1910.

Nach der Statistik über die Lohnbewegungen, Streiks und Aussperrungen im Jahre 1910, die in Nr. 7 der »Statistischen Beilage des Korrespondenzblattes« erschienen ist und deren wichtigsten Ergebnisse wir an anderer Stelle der vorliegenden Nummer der »Gr. Pr.« bekanntgeben, hat unsere Organisation im Jahre 1910 in 121 Orten 164 Bewegungen durchzuführen gehabt, die sich auf 408 Betriebe mit 5714 Beschäftigten erstreckten. Von diesen 164 Bewegungen wurden 136 mit 4980 Beteiligten ohne Arbeitseinstellung durch Verhandlungen beendet. In den übrigen 28 Differenzfällen mit 734 Beteiligten kam es zu Arbeitseinstellungen, und zwar waren davon 17 Angriffstreiks, 10 Abwehrstreiks und 1 Aussperrung. Von allen 164 Bewegungen endeten 145 mit 5221 Beteiligten mit teilweise und 14 mit 235 Beteiligten ohne Erfolg. Erreicht wurden: für 1979 Beteiligte 3069 Stunden Arbeitszeitverkürzung wöchentlich, sodaß auf jeden Beteiligten rund 1 Stunde 50 Minuten kommen; für 2131 Beteiligte 3036 Mark Lohnerhöhungen wöchentlich, das sind durchschnittlich 1,42 Mk. für jeden Beteiligten und jede Woche; für 2227 Beteiligte außerdem verschiedene andere Verbesserungen. Ferner wurden abgewehrt: für 10 Personen Arbeitszeitverlängerungen von

insgesamt 49 Stunden wöchentlich; für 288 Personen verschiedene andere Verschlechterungen. Für 8 Personen konnte eine Arbeitszeitverlängerung von insgesamt 24 Stunden wöchentlich, für 20 Personen eine Lohnkürzung von insgesamt 62 Mark pro Woche und für 71 Personen die Einführung sonstiger Verschlechterungen leider nicht verhindert werden. In 22 Fällen mit 1019 Beteiligten wurden korporative Arbeitsverträge abgeschlossen. Alle Bewegungen verursachten dem Verbands 8371 Mark Kosten.

Inwieweit die übrigen Verbände graphischer Arbeiter an den Lohnbewegungen und Kämpfen beteiligt waren und wie stark das ganze polygraphische Gewerbe dabei in Anspruch ge-

Wie schon im Jahre 1909, so waren auch im Jahre 1910 die Verbände der Buchdrucker und Notensteher an Bewegungen überhaupt nicht beteiligt. Neben den aus der Tabelle ersichtlichen Verbesserungen gelang auch dem Buchbinderverbande gleich unserer Organisation die Abwehr einer Reihe von Verschlechterungen, und zwar wurden durch ihn für 143 Personen Lohnkürzungen im Gesamtbetrage von 261 Mk. wöchentlich und für 41 Personen sonstige Verschlechterungen zurückgewiesen. Ebenso wehrte auch der Xylographenverband für 2 Personen sonstige Verschlechterungen ab. Dagegen gelang dem Buchbinderverbande die Abwehr einer Lohnkürzung für 23 Personen im Gesamtbetrage von 34 Mk. wöchentlich leider nicht.

Wenn wir die Ergebnisse der kampflosen Bewegungen und die Kämpfe gesondert betrachten, so ergibt sich, daß von den 136 Bewegungen ohne Arbeitseinstellung, die unser Verband 1910 zu führen hatte, 126 zur Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen eingeleitet wurden, während 10 der Abwehr von Verschlechterungen dienten.

Die 126 kampflosen Angriffsbewegungen erstreckten sich auf 87 Orte und 360 Betriebe mit 4670 Beschäftigten und Beteiligten. Alle diese 126 Bewegungen hatten für alle 4670 Beteiligten vollen Erfolg. — Außerdem hatten derartige Bewegungen die Buchbinder in 57 Fällen, 46 Orten und 989 Betrieben mit 9536 Beschäftigten und 8294 Beteiligten zu führen; 34 Bewegungen mit 5869 Beteiligten endeten mit vollem und 23 Bewegungen mit 2425 Beteiligten mit teilweise Erfolg.

Die von unserem Verbands geführten 10 kampflosen Abwehrbewegungen erstreckten sich auf 6 Orte und 11 Betriebe mit 310 Beschäftigten und Beteiligten. Sie endeten für alle Beteiligten mit vollem Erfolg. — Andere Verbände des polygraphischen Gewerbes waren an derartigen kampflosen Abwehrbewegungen nicht beteiligt.

An den Angriffstreiks waren neben unserm Verbands die Buchbinder und Hilfsarbeiter beteiligt. Von den 17 Angriffstreiks unserer Organisation, an denen 496 Personen beteiligt waren, hatten 8 mit 235 Beteiligten vollen, 3 mit 215 Beteiligten teilweise und 6 mit 46 Beteiligten keinen Erfolg. Die Streiks dauerten insgesamt 527 Tage, der Arbeitszeitverlust betrug für alle Streikenden zusammen 11204 Tage, der Lohnausfall 51175 Mark. — Von den 27 Angriffstreiks der Buchbinder mit 3148 Beteiligten hatten 15 mit 1015 Beteiligten vollen,

Aussperrungs-Weihnachten

Mel.: Von Himmel hoch da komm ich her . .)

O Winterabend-Weihnacht
Du strahlst uns hell in Glanz und Pracht,
Obwohl es Unternehmertum
Erzwang, daß unsre Arbeit ruht.

Hart rangen wir um Lohn und Brot
Und litten trotzdem schwere Not;
Dum haben wir, was uns bedrückte,
Das Joch, im heil'gen Zorn zerknickt!

Nun kämpfen wir zehn Wochen schon
Um freie Zeit, um höh'ren Lohn,
Daß etwas mehr von allem Wert,
Den wir erschaffen, uns gehört.

Doch zu des Geldsacks höh'rem Ruhm
Verwehrt's das Unternehmertum —
Uns ausruhungen ist das Ziel
Von seinem trevelhaften Spiel.

Daß dieser Plan ihm nie gelingt,
Daß man uns niemals niederzwingt,
Dafür tritt ein zu jeder Frist,
Wem Menschenehr' das Höchste ist.

Und Einer treu zum Andern steht
In fester Solidarität,
Denn Alle schweiß't das gleiche Leid
Zu Brudertreu und Einigkeit.

Und so ges'äht kämpft unsre Schar
Hart weiter, wie es immer war,
Bis sie sich hat den Sieg erwirkt,
Den ihre Einigkeit verbürgt.

O Sonnenwende, Feat des Lichts!
Was wir erstreben, sie verspricht:
Die Sonne steigt, sie siegt mit Macht . .
So feiern wir die Weihnacht!

nommen war, ergibt sich aus folgender Zusammenstellung, die gleichzeitig interessante Vergleiche zwischen unserer Organisation und den übrigen Verbänden des polygraphischen Gewerbes ermöglicht:

Verband der	Forderungen wurden gestellt		Davon wurden betroffen	Ohne Arbeitseinstellung endeten		Es fanden statt		Es wurden erreicht									
	In Fällen	In Orten		Arbeitsstreiks	Aussperrung	Arbeitszeitverkürzung	Lohnerhöhung	Tarifabschluss	Gesamtzahl der Beteiligten	Gesamtsumme	Gesamtsumme	Gesamtsumme					
Buchbinder	92	72	1140	336	57	8294	27	6	2350	4719	7943	7646	11438	30	6593	3042	252104
Hilfsarbeiter	14	8	38	1191	—	—	14	—	663	191	191	461	2	302	—	—	24651
Lithogr. u. Steindr.	104	121	408	5714	136	4981	17	10	734	1979	3609	213	3021	22	1619	7227	83371
Xylographen	1	1	1	2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	660
Summa:	271	202	1587	20540	193	13274	58	17	3490	6889	11743	10189	14924	54	8514	3269	360786

7 mit 1946 Beteiligten teilweisen und 4 mit 53 Beteiligten keinen Erfolg, während 1 Streik mit 134 Beteiligten am Jahreschluß noch nicht beendet war; die Dauer der Streiks betrug 694, die Summe der verlorenen Arbeitszeit 118161 Tage und der Lohnausfall 311385 Mark. — Die Hilfsarbeiter hatten 14 Angriffstreiks mit 668 Beteiligten und in 4 Fällen mit 233 Beteiligten vollen, in 5 Fällen mit 223 Beteiligten teilweisen und in 5 Fällen mit 207 Beteiligten keinen Erfolg; die Angriffstreiks dauerten 442 Tage, der Arbeitszeitverlust 13472 Tage und der Lohnausfall 27347 Mark.

An den **Abwehrstreiks** waren neben unserer Organisation auch die Verbände der Buchbinder und Xylographen beteiligt. Auf unsern Verband entfielen 10 Abwehrstreiks mit 199 Beteiligten; 1 mit 6 Beteiligten hatte vollen und 1 mit 4 Beteiligten hatte teilweisen Erfolg, während 8 mit 189 Beteiligten erfolglos blieben. Sie währten zusammen 390 Tage, die verlorene Arbeitszeit betrug 12499 Tage und der Lohnausfall 62521 Mark. — Die Buchbinder hatten 6 Abwehrstreiks mit 273 Beteiligten; 4 mit 230 Beteiligten endeten erfolgreich, 1 mit 35 Beteiligten teilweise erfolgreich und 1 mit 8 Beteiligten erfolglos. Die Dauer der Streiks insgesamt bezifferte sich auf 44 Tage, die verlorene Arbeitszeit auf 627 Tage und der Lohnausfall auf 1770 Mark. — Die Xylographen hatten 1 Abwehrstreik mit 2 Beteiligten, der erfolglos verlief; er dauerte 156 Tage, der Verlust an Arbeitszeit betrug 174 Tage und der Lohnausfall 864 Mark.

Aussperrungen hatten unsere Organisation und der Buchbinderverband zu bestehen. Unser Verband wurde in 1 Fall mit 39 Beteiligten von der Aussperrung betroffen, die mit teilweisem Erfolg für uns endete; sie dauerte 5 Tage und kostete einen Arbeitszeitverlust von 198 Tagen und einen Lohnausfall von 1186 Mark. — Der Buchbinderverband hatte 2 Aussperrungen mit 80 Beteiligten zu bestehen, die beide erfolgreich endeten; sie dauerten 78 Tage und veranlaßten einen Arbeitszeitverlust von 4017 Tagen und einen Lohnausfall von 80,5 Mark.

Wie im allgemeinen, so zeigt die Statistik auch bei den Verbänden des polygraphischen Gewerbes im Jahre 1910 gegenüber dem Jahre 1909 ein starkes Steigen der Zahl der Bewegungen sowohl als auch der Zahl der von den Bewegungen erfaßten Orte, Betriebe und Personen. Allem Anschein nach wird aber das laufende Jahr das verfloßene in dieser Beziehung im polygraphischen Gewerbe noch weit hinter sich zurücklassen. Möchten die Erfolge dieser Steigerung der Rngens um eine Hebung der Lage der Arbeiterschaft des Gewerbes voll und ganz entsprechen.

Rundschau.

Streikjustiz. Die 4. Strafkammer in Dresden hatte sich kürzlich als Berufungsinstanz mit dem umfangreichen Streikprozeß zu beschäftigen, der infolge der Bewegung unserer Kollegen in Niederschütz gegen einige »Streiksünder« eingeleitet worden war. Der Sachverhalt ist den Lesern der »Gr. Pr.« bereits durch die Artikel »Streikjustiz« in Nr. 20 und »Streiksünder« in Nr. 40 bekannt, so daß sich seine erneute Wiedergabe erübrigt. In der Berufungsverhandlung beantragte der Verteidiger Rechtsanwalt Olesse Freisprechung. Er kennzeichnete besonders die Unglaubwürdigkeit der Zeugen Krauß, der als Arbeitswilligentransporteur von den Angeklagten umringt, belästigt und bedroht worden sein will, und Friedemann, der sich als Arbeitswilliger ebenfalls bedroht fühlte. Durch das Zeugnis eines Gendarmen und der übrigen Zeugen sei nachgewiesen, daß in den betreffenden Fällen keine Belästigungen stattgefunden haben. Vielmehr hat sich Krauß provozierend benommen. Sein Auftreten in der Verhandlung dem Verteidiger gegenüber lasse auf sein damaliges Verhalten schließen. Er gebe dem Gericht zu bedenken, daß mehr wie einmal von der Unternehmerpartei in wirtschaftlichen Kämpfen die Gerichte benutzt wurden als Kampfmittel gegen die streikenden Arbeiter. Die Schilderungen der »Gewaltanwendungen« bei den einzelnen Vorfällen waren lächerlich. Da müsse man ja als Jurist förmlich suchen, wo eine Gewalttätigkeit liegen könnte. Die klare und durch Notizen gewissenhaft unterstützte Zeugenaussage des Gendarmen sei durchaus glaubhaft, zumal sie durch

andere Zeugenaussagen und viele sonstige Momente unterstützt wurde. Die Angeklagten haben sich samt und sonders als durchaus ruhige und anständige Arbeiter gezeigt, die sich den Provokationen des Krauß gegenüber zu keinem Schimpfwort hinreißen ließen und nichts anderes wollten, als mit ihren Kollegen sprechen. Der Staatsanwalt mußte zugeben, daß die Aussagen Krauß' und des Gendarmen nicht in Zusammenhang zu bringen sind. Krauß habe sich wahrscheinlich die Vorgänge in der Erregung *schlimmer vorgestellt*, als sie in Wirklichkeit waren. Es läge möglicherweise im ersten Falle grober Unfug vor. Er stelle insoweit die Entscheidung in das Ermessen des Gerichts. Bei einem der Angeklagten trat er für eine Ermäßigung der Strafe ein, da die Verhandlung seine Teilnahme nur gering erscheinen lasse. Im übrigen beantragte er Verweisung der Berufungen. — Die Berufungen wurden *sämtlich verworfen*. Die Aussagen von Krauß und Friedemann wurden als glaubhaft befunden. Bei Friedemann wurde nur die Verurteilung verneint, aber die Drohung bleibe bestehen. Die Strafen wären eine *angemessene Ahndung*, denn den *Arbeitswilligen müsse ein starker Schutz gewährt werden*. Das sagt jedenfalls genug.

Die Arbeitslosigkeit im polygraphischen Gewerbe stand im Oktober nach den Mitteilungen des »Reichsarbeitsblattes« wie folgt:

Organisation	Mittl. Zahl am Monatsende	Arbeitslose am Monatsende		Arbeitslose am Ende		
		am Ort	auf der Reise	Oktober 1911	Oktober 1910	September 1911
Buchdrucker ..	63495	2391	565	4,8	4,6	6,1
Buchbinder ..	30360	673	53	2,5	1,8	2,2
Lith. u. Steindr.	17307	62	87	4,1	4,3	5,9
Graph. Hilfsarb.	17030	262	2	1,6	1,4	1,3
Xylographen ..	442	27	—	7,8	5,4	4,9
Notenstecher ..	438	—	—	—	—	—
Gutenberghand.	3085	19	1	0,6	0,7	1,2
Graph. Zentralverband (chr.)	1691	19	3	1,3	1,2	3,3
Graphische Betriebe (H.-D.)	1286	14	—	1,3	0,8	—

Abziehbilder von Originalgemälden. Aus München wird dem »Vorwärts« berichtet: Ein Kunstanstaltdirektor und ein Ingenieur haben ein neues Verfahren erfunden, nach dem von Farbdrukken jeder Art aus löslichem Untergrund ein Mittelbild zwischen Ölgemälden und Farbdruk hergestellt werden kann. Das Bild wird mit einer präparierten Schicht überzogen und der alte Untergrund entfernt, worauf die jetzt das Bild tragende Schicht durch geeignete Pressungen auf Leinwand oder einen anderen Untergrund in der Art der Abziehbilder aufgezogen wird. Das so entstandene neue Bild sieht angeblich infolge der Herauspressung der Leinwand dem handgemalten Original viel ähnlicher als der bisherige glatte Farbdruck. Die Erfinder haben auf ihr Verfahren, dem sie die Bezeichnung »Artochromie« gaben, bereits Patente genommen und eine Aktiengesellschaft gegründet.

Neue Tarifverhandlungen der Buchdruckerhilfsarbeiter finden am 18. Dezember auf Veranlassung des Tarifamtes für das deutsche Buchdruckgewerbe in Berlin statt. Die Aktion des Tarifamtes beruht jedoch auf einer ganz anderen Grundlage als der bisherige vom Deutschen Buchdruckerverein und vom Verband der Buchdruckerhilfsarbeiter abgeschlossene fakultative Vertrag, der am 31. Dezember abläuft. Das Tarifamt erklärt in seiner Einladung, daß der Buchdruckerverein weder in der Lage noch willens ist, eine Gewähr für die obligatorische Durchführung eines zentral abgeschlossenen Vertrages zu bieten. Das Tarifamt schlägt daher vor, von dem Abschluß eines Vertrages von Organisation zu Organisation Abstand zu nehmen und anstatt dessen das tarifliche Verhältnis auf gleicher Grundlage wie der Buchdrucker tarif aufzubauen, also von Allgemeinheit zu Allgemeinheit. Zu diesem Zweck werden die bisherigen 20 Tarifkreise aufzufordern, je 2 Arbeitgeber- oder Arbeitervertreter (für Berlin je 3) zu den Verhandlungen zu entsenden. Die Verhandlungen sollen von den Vorsitzenden des Tarifamtes geleitet werden und haben zum Ziel, nicht nur die »Allgemeinen Bestimmungen« zu erneuern, sondern auch eine Festlegung der für die kommende Tarifperiode geltenden Mindestlohnsätze. Auf beiden Seiten hofft man, auf diesem Wege zum Ziele zu gelangen. — Diese Hoffnung hat sich inzwischen erfüllt. Bei den Verhandlungen vom 18. Dezember, an denen Prinzipals- und Hilfsarbeitervertreter aus Berlin, Straßburg, München, Stuttgart, Königsberg, Bremen, Halle, Mannheim, Ludwigshafen, Magdeburg, Nürnberg und Fürtth teilnahmen, gelang es nach mehr als 12stündiger Beratung, eine Einigung herbeizuführen, nach welcher der Hilfsarbeitertarif auf die Dauer von fünf Jahren für die genannten Städte abgeschlossen ist.

Der Streik der Heimarbeiterinnen in der Berliner Damenkonfektion ist unter Ablehnung aller von den Fabrikanten gemachten Vorschläge ergebnislos abgebrochen worden. Die gemeinsame Kommission der Meister und Arbeiter, wie Heimarbeiterinnen, die die Streikleitung in Händen hatte, wird bestehen bleiben und dafür sorgen, daß der Kampf zu einer für die gesamten Arbeiter günstigeren Zeit, die den Fabrikanten aber sehr ungelogen kommen wird, wieder aufgenommen und mit größerer Kraft als bisher durchgeführt wird.

Eine Mietergewerkschaft hat sich in Zürich gebildet. Ihr Zweck ist die »Vertretung der Mieterinteressen«, insbesondere die »energische Bekämpfung weiterer Mietsteigerungen«. Im Gegensatz zu den in vielen Orten bestehenden Mietervereinen will sie nach einem an die Arbeitervereine verschickten Zirkular »weniger auf dem Boden akademischer Diskussionen und mehr auf dem des proletarischen Klassenkampfes« stehen. Das betreffende Zirkular schließt mit den Worten: »Unser erstes Ziel: Keine neuen Steigerungen mehr! Ist dies durchaus erreichbar, und wenn der erste Schritt einmal getan ist, dann wird auch ein späterer zweiter, der eine Herabsetzung der so übermäßig gestiegenen Mieten bezweckt, nichts Unmögliches mehr sein.« Die Mietergewerkschaft erklärt, zur Erreichung ihres Zieles »auch vor den Mitteln des gewerkschaftlichen Kampfes, wie Boykott, Kollektivstreik, Streik, nicht zurückzuschrecken«. Ob und wie dieses Programm durchführbar ist, bleibt abzuwarten. Die Hausagiaten werden aber kaum willens sein, ihren Profit ohne weiteres schmälern zu lassen, und so müßten schwere wirtschaftliche Erschütterungen aus einem solchen Klassenkampf der Mieter resultieren. Auf jeden Fall aber hat man es hier mit einer sozialen Erscheinung zu tun, die auf diesem Gebiete noch neu ist und so oder so Interesse beansprucht. Die in aller Stille ins Leben gerufene Organisation ist durchaus ernst zu nehmen. Es gehören ihr eine große Zahl von Gewerkschaftsfunktionären an.

Politische Monatsschau.

Berlin, den 16. Dezember 1911.

Der Reichstag ist tot, es lebe der Reichstag! Rüstungslisten, Majestätsbeleidigungsgesetz, Reichsvereinsgesetz, Taten des schwarz-blauen Blocks. Die Pflicht der Reichstagswähler.

Der aus den **Fachtagwahlen** des Jahres 1907 hervorgegangene Reichstag, dem zuerst durch den Hottentottenblock und dann durch den Schnapsblock das Brandmal des Volkverrats aufgedrückt wurde, hat ausglitten. Unrühmlich wie seine Geburt und sein zähes Leben war auch sein Ende; am 5. Dezember 1911 wurde die letzte Session des Reichstages zwölfter Legislaturperiode durch den Präsidenten geschlossen, aber erst am 8. Dezember wurde das Parlament durch einen kaiserlichen Erlaß endgültig aufgelöst. Gleichzeitig wurde als Tag der Neuwahlen für das künftige Reichsparlament der 12. Januar 1912 bestimmt. Am Volke wird es liegen, diesen Tag der Wahl zu einem Tage der Vergeltung für alles, was die Blöcke des abgeschiedenen Reichstages an ihm gesündigt und getievelt haben, und zu einem Tage der Neuschöpfung einer Volkvertretung zu machen, die diesen Ehrennamen auch wirklich verdient. In dieser Richtung werden hauptsächlich auch die gewerkschaftlichen organisierten Arbeiter wirken müssen, für die von der Zusammensetzung des Reichsparlaments außerordentlich viel abhängt. Wie mannigfach sie als Arbeiter schlicht hin und als gewerkschaftlich organisierte Arbeiter im besonderen geschädigt worden sind, wie die Gewerkschaftsarbeit erschwert oder die gewerkschaftlichen Errungenschaften durch gesetzgeberische Maßnahmen wieder illusorisch gemacht wurden, das lehrt schon ein kurzer Rückblick auf die abgeschlossene Legislaturperiode des Reichsparlaments.

Sowohl der Hottentottenblock, d. h. also die konservativ-liberale Paarung, als auch der Schnapsblock, der Bund der Ritter und der Heiligen, der Konservativen und des Zentrums, waren nach Kräften um die Sühndigung der Bevölkerung bemüht. Während der erste dieser beiden Blöcke alle Forderungen der Bülowregierung für den Militarismus, den Marinismus und die Kolonialpolitik bewilligte, blieb es dem schwarz-blauen Block vorbehalten, den breiten Massen des Volkes die Lasten dieser Rüstungen aufzubürden. Im Interesse der herrschenden Klassen hatte die konservativ-liberale Reichstagsmehrheit die schweren Rüstungsausgaben bewilligt; der Block der Konservativen und des Zentrums sorgte dann dafür, daß die Kosten dieser Bewilligung nicht von denen, für die sie erfolgte, sondern von denen, die nicht das geringste Interesse an dieser uferlosen Weltpolitik haben, aufzubringen sind. Die Taschen der Reichen wurden geschont, um die Besitzlosen noch mehr auszupressen. Das ist das Signum der »glorreichen« Reichsfinanzreform unseligen Andenkens, die die schwere Teuerung, unter der das arbeitende Volk zurzeit seufzt und stöhnt, mit auf dem Gewissen hat.

Diese Reichsfinanzreform haben beide Blöcke auf dem Gewissen: der Hottentottenblock schuld die Notwendigkeit zur Aufbringung neuer ungeheurer Mittel und leitete den Steuerraubzug ein, der Schnapsblock führte ihn skrupellos zu Ende und belastete das Volk jährlich mit einer neuen Steuerlast von einer halben Milliarde Mark! Er sicherte zunächst den Schnapsjunkern die Liebesgabe für ihr kulturfeindliches Fueselbrennen, was ihm den Namen Schnapsblock eintrug, er brachte ferner die die Besitzenden Klassen stark beunruhigende Erbschaftsteuer, die einzige gerechte Steuer des Bülowischen Steuerbuketts, um die Ecke und verteilte dafür den armen Volksschichten Bier, Branntwein, Tabak, Zigaretten, Kaffee, Tee, Beleuchtungskörper, Streichhölzer und andere Bedürfnisse und Annehmlichkeiten des täglichen Lebens. Das Volk mußte zahlen, während die Besitzenden mit Opfern fast

ganz verschont bleiben. Die Arbeiter wurden durch die Reichsfinanzreform aber nicht nur als Konsumenten, als Warenverbraucher am schwersten getroffen, sondern sie wurden auch als Produzenten, als Warenhersteller ganz gewaltig geschädigt. Die enorme Verteuerung vieler Artikel durch die Steuererhöhung führte naturgemäß zu einer Einschränkung des Bedarfs, zu einer Verringerung des Umsatzes der betreffenden Waren. Die natürliche Folge war die Einschränkung der Produktion, was gleichbedeutend ist mit der Vergrößerung der Reservearmee der Arbeitslosen in den davon erfaßten Gewerben. Neben Tausenden von Arbeitern der Tabak-, Zigarren- und Zündholzindustrie, die in ihrem an sich schon kärglichen Erwerb geschädigt und zum Teil direkt brotlos gemacht wurden, kann besonders auch unsere Kollegschaft von den Schädigungen der Arbeiter als Produzenten durch die Reichsfinanzreform ein trauriges Lied singen; sie hat die Arbeitslosigkeit im Lithographie- und Steindruckgewerbe in einer dermaßen erschreckenden Weise erhöht und verlängern helfen, daß gerade die Arbeiterschaft unseres Gewerbes alle Ursache hat, bei den Reichstagswahlen am 12. Januar 1912 mit dem Stimmzettel in der Hand Rache zu nehmen und dahin zu wirken, daß fernhin gleiche Schädigungen unmöglich sind.

Neben der Schaffung der Ursachen zur Reichsfinanzreform und ihrer Vorbereitung fallen in die erste Lebenshälfte des verflorenen Reichstags, also in die Zeit der konservativ-liberalen Paarung, noch einige gesetzgeberische Taten, die ebenfalls für die Arbeiterklasse von weitgehender Bedeutung sind. Besonders tut sich der Liberalismus auf das unter seiner Mitwirkung zustande gekommene Gesetz über die Bestrafung der Majestätsbeleidigung etwas zugute. Er hätte, wenn er tatsächlich liberal wäre, rein gar keine Veranlassung dazu, da sich dieses Gesetz seiner ganzen Tendenz nach gegen die oppositionellen und fortschrittlichen Elemente des Volkes richtet, besonders gegen die Sozialdemokratie, die ja für unsre Justiz auch nur in Frage kommt, Majestätsbeleidigungen böswillig und mit Vorbedacht zu begehen. Das Gesetz mit seinen kautschukartigen Bestimmungen hat ganz und gar den Charakter eines Ausnahmegesetzes, was jeden wahrhaft liberalen Mann bei der Wertung dieses Produktes der konservativ-liberalen Paarung zur Vorsicht mahnen sollte.

Nicht viel besser liegt die Sache bei einem anderen Ergebnis der ersten Lebenshälfte des abgelaufenen Reichstages, beim Reichsvereinsgesetz, auf das sich der Liberalismus ebenfalls sehr viel zugute tut. Ohne jeden Grund, denn durch das Reichsvereinsgesetz wurde nicht nur jeder wirksame Schutz des Vereins- und Versammlungsrechts gegenüber der Polizei vermindert und dadurch der polizeilichen Willkür von neuem Tür und Tor geöffnet, sondern es wurde auch das Vereinsrecht der Jugendlichen vernichtet und das Versammlungsrecht der Ausländer preisgegeben. Der erste schwere Fehler hatte zur Folge, daß sich die Polizeiwilkkür grade jetzt wieder überall in bedenkenlichster Weise breit macht, wo sie nichts zu suchen hat, sodaß selbst die liberalen Väter des Reichsvereinsgesetzes bei der Behandlung der Interpellationen über die rigorose Anwendung des Gesetzes zugeben mußten, daß es ihnen nicht gelungen ist, ausreichende Schutzbestimmungen gegen die polizeiliche Willkür durchzusetzen. Der zweite schwere Fehler trifft besonders die Gewerkschaften außerordentlich hart, da ihnen hauptsächlich infolge des Sprachenparagraphen des Reichsvereinsgesetzes die Agitation unter den fremdsprachigen Bevölkerungsschichten und ihre Organisation ungemein erschwert worden ist. Das Ausbenterium, das namentlich seine Schäfchen um so ungestörter zu scheren vermag, hat den Vorteil davon!

Alle anderen Gesetze aus der Zeit, in der die Liberalen gemeinsam mit den Konservativen an der Regierungskrippe saßen, sind mit ähnlichen schweren Mängeln behaftet. Damit soll natürlich nicht gesagt sein, daß es besser geworden ist, nachdem die Konservativen ihrem liberalen Hottentottenblockbruder den üblichen Eselsfußtritt versetzt haben und dem Zentrum in die weitgeöffneten Arme gesunken sind. Grade die Blauen und die Schwarzen, die Ritter und die Heiligen passen so gut zusammen, daß eine längere Trennung zwischen beiden ans Unnatürliche grenzt. Konservative und Zentrum sind einander wert. Sie sind direkt aufeinander angewiesen, denn sie sind beide reaktionär bis auf die Knochen; ihre politischen Ideale wurzeln in verflorenen Jahrhunderten, in der guten alten Zeit, als Junker und Pfaffen noch unbeschränkte Herren im Lande waren, als sie das Volk in Armut, Elend und Unwissenheit erhielten, um selbst auf seine Kosten als Herren zu leben. Die Wiederherbeiführung dieser Zustände ist das Ziel ihrer Sehnsucht. Wer daher von diesen Parteien etwas erwartete, ist nichts besseres wert, als daß aus seiner Haut Riemen geschnitten werden. Die Taten des schwarzblauen Blocks entsprechen denn auch ganz seinem erreaktionären Charakter. Neben dem schon erwähnten Stenerraubung unter dem schönen Namen Reichsfinanzreform sei nur an das Kaltegesetz, die Reichsversicherungsordnung, das Zuwachsgesetz, das Heimarbeitergesetz, das Schiffahrtsabgabengesetz usw. usw. erinnert, in denen allen sich der reaktionäre Charakter einer rücksichtslosen, volkstündlichen Parlamentsmehrheit mit aller wünschenwerten Schärfe und Deutlichkeit offenbart.

Auf die sozialpolitischen Maßwerke, die sich unter diesen gesetzgeberischen Arbeiten befinden, werden wir noch in der »Sozialen Monatschau« der kommenden Nummer unseres Blattes einen kurzen Rückblick werfen.

Alles in Allem zeigt aber schon die heutige Uebersicht über die Taten des zwiespältigen Reichstages, der nicht nur zwei Mehrheitsblöcke, sondern auch zwei Präsidenden und zwei Reichskanzler erlebte, wie er sich in den verflorenen fünf Jahren an den vitalsten Interessen des Volkes stets und ständig schwer versündigt. Sie zeigt, daß das deutsche Volk die heiligste Pflicht hat, mit Parlamentsmehrheiten, wie sie den abgelaufenen Reichstag kennzeichneten, tabula rasa zu machen. Die Gewerkschaftsmitglieder dürfen und werden bei dem großen Werke, dem Augiasstall am 12. Januar 1912 gründlich auszuräumen, nicht die letzten sein.

Die Gewerkschaften und die Reichstagswahlen.

Es würde zu weit führen, auch nur in flüchtigen Umrissen die Tätigkeit der Vertreter der Arbeiterklasse auf sozialpolitischem Gebiet in zurückliegenden Perioden zu schildern. Es läßt sich nicht einmal eingehend darstellen, was in dieser Legislaturperiode von der sozialdemokratischen Fraktion an sozialpolitischer Arbeit geleistet worden ist. Es gibt wohl keine Frage, die die gewerkschaftliche Bewegung berührt, die nicht in den letzten 5 Jahren von der sozialdemokratischen Fraktion durch Si-llang von Anträgen, durch Behandlung in den Kommissionen und im Plenum des Reichstags zur Erörterung gebracht ist. Es sei nur an die Mitarbeit der sozialdemokratischen Abgeordneten bei den von der Regierung eingebrachten Gesetzentwürfen: dem Stellenvermittlungsgesetz, dem Hausarbeitsgesetz und dem Arbeitskammergesetz erinnert. Bei dem letzteren wählten ist es der Sozialdemokratie zu danken, wenn es nicht völlig zu weißer Saibe geworden ist. Dieser Umstand aber läßt es der Regierung geraten erscheinen, dieses Gesetz nicht zur Verabschiedung zu bringen. Das Hausarbeitsgesetz ist auf Wunsch der Regierung noch erledigt worden. Es bringt noch nicht das, was gesetzlich festgelegt werden müßte, um die Schäden der Heimarbeit zu beiseitigen und der gemeingefährlichen Ausbeutung der Arbeitskraft der Heimarbeiter Einhalt zu tun. Besonders gegen die überaus wichtigen Lohnämter erhob die Regierung Einspruch, und die bürgerlichen Parteien haben diese Forderung, deren Durchführung dem Gesetz einen besonderen Wert geben hätte, fallen gelassen. So erreicht das Gesetz lange nicht den von der sozialdemokratischen Fraktion ausgearbeiteten Gesetzentwurf zur Regelung der Heimarbeit, der all den Anforderungen genügt, die die Gewerkschaften in dieser Sache zu stellen haben. Auch einen Bauarbeiterschutzgesetzentwurf brachte die sozialdemokratische Fraktion ein, der aber gleich den anderen Initiativvorschlägen nicht zur Verhandlung kam. Der Sozialdemokratie war es zu danken, daß in dieser Legislaturperiode eine Kommission eingesetzt wurde, die sich mit der Beseitigung der Koalitionsverbote für die Landarbeiter und die Aufhebung der Gesindeordnung zu beschäftigen hatte. Die von dieser Kommission geleistete Arbeit war umsonst, sie wurde durch Schluß der Reichstagsession erledigt, und es gelang nicht, zur Einsetzung einer neuen Kommission zu kommen. Zum Schutz der Bergarbeiter verlangte die sozialdemokratische Fraktion den Erlaß eines Reichsberggesetzes, im Interesse der Arbeiter in der Groß-eisenindustrie wurde der Erlaß einer Verordnung gegen übermäßige Ausbeutung der Arbeitskraft verlangt. Was die Regierung schließlich gab, war, dank der erwähnten Taktik des Zentrums, nicht entfernt das, was gefordert wurde, und was auch hätte durchgeführt werden können, ohne etwa die Interessen der Unternehmer empfindlich zu verletzen. Die sozialdemokratische Fraktion forderte, daß dem Unfug, der mit den Werkpensionskassen getrieben wird, durch Gesetz ein Ende gemacht werde. Sie verlangte ferner, daß für die Werkwohnungen der Arbeiter dieselben Kündigungsbedingungen Geltung erhielten wie für andere Wohnungen. Sie forderte Untersuchungen über die Gefahren, denen die Arbeiter der chemischen Industrie ausgesetzt sind, sowie eine ausreichende Verordnung zum Schutz der Glasarbeiter. Sie beantragte die Rechtsverhältnisse der Privatämter zu regeln und für das Handelsgewerbe Handelsinspektoren einzusetzen. Ein von ihr eingebrachter Antrag sollte dem Mißbrauch steuern, der mit den Unternehmerarbeitsnachweisen getrieben wird, es sollten diese beseitigt und durch paritätische Arbeitsnachweise ersetzt werden. All dieses sind Anträge gewerkschaftlichen Charakters oder doch solche, deren Durchführung den Gewerkschaften von großem Nutzen gewesen wäre. Daß sie nicht angenommen wurden, zum Teil nicht einmal zur Beratung im Reichstag kamen, auch der Bundesrat nicht veranlaßt wurde, den Anträgen entsprechende Verordnungen zu erlassen, ist auf den Umstand zurückzuführen, daß der parlamentarische Einfluß der Sozialdemokratie nicht ausreichend ist.

Das zeigte sich auch bei Beratung der Reichsversicherungsordnung. Alle Bemühungen der sozialdemokratischen Abgeordneten, das Gesetz so zu

gestalten, daß ein Fortschritt gegenüber den bisher geltenden Arbeiterversicherungsgesetzen herbeigeführt worden wäre, waren vergeblich. Die Arbeitervertreter im Zentrum, die auf den christlichen Gewerkschaftskongressen heilig versichert hatten, daß sie jede Beeinträchtigung der Rechte der Arbeiter in den Versicherungsinstitutionen verhindern würden, waren es, die wesentlich mit dazu beigetragen haben, diesem Gesetz die reaktionäre Fassung zu geben, in der es schließlich verabschiedet worden ist. Von der Versicherung der christlichen Arbeitervertreter, lieber das Gesetz scheitern zu lassen als zuzugeben, daß es reaktionär gestaltet würde, war bei der Beschlußfassung keine Rede mehr; das Gesetz fand vielmehr die Zustimmung dieser Arbeitervertreter.

Eine für die Gewerkschaften äußerst wichtige Angelegenheit, der Legitimationskartenzwang für ausländische Arbeiter, kam auf ausschließliches Betreiben der sozialdemokratischen Fraktion im Reichstag zur Verhandlung und Beschlußfassung. Die ausländischen Arbeiter werden durch die zuerst von Preußen und dann auch von anderen Bundesstaaten eingeführte Legitimationskarte unter Polizeikontrolle gestellt. Beteiligen sie sich an Streiks oder sind sie nicht bereit, Streikbrecher zu werden, so droht ihnen die Ausweisung. Diese Einrichtung widerspricht den Bestimmungen der Handels- und Niederlassungsverträge besonders dadurch, daß für die Ausfertigung der Karte an eine private Gesellschaft, die Feldarbeiterzentrale, der Betrag von 2 bis 5 Mark gezahlt werden muß. Der Reichstag konnte nicht umhin, den sozialdemokratischen Antrag, durch den der Reichskanzler ersucht wird, diese widerrechtliche Einrichtung zu beseitigen, anzunehmen. Das Zentrum wirkte insofern mit, als es beantragte, den Hinweis auf die Ungesetzlichkeit des Legitimationskartenzwangs aus dem sozialdemokratischen Antrag zu streichen. Bis jetzt hat der Bundesrat auf diesen Antrag nicht reagiert, obgleich von sozialdemokratischer Seite bei jeder sich bietenden Gelegenheit die Sache erneut zur Sprache gebracht wurde. Das Zentrum hat seinen parlamentarischen Einfluß nicht gebraucht, um die Durchführung des Reichstagsbeschlusses zu sichern.

Das sind nur einige Hinweise auf die Vorgänge im Reichstag in der letzten Legislaturperiode. Sie zeigen, daß die Gewerkschaften nur in der sozialdemokratischen Partei ihre parlamentarische Vertretung haben. Es kann unter diesen Umständen der Entscheid, für wen die Stimme bei der Reichstagswahl abzugeben ist, dem Gewerkschafter nicht schwer fallen. Will er die den Gewerkschaften dienliche Sozialpolitik energisch im Reichstag vertreten wissen, so kann er eben nur einen Sozialdemokraten wählen.

Der nächste Reichstag wird aber noch andere, für die Gewerkschaften wichtige Angelegenheiten zu entscheiden haben. Er wird darüber zu beschließen haben, ob unsere Steuergesetzgebung so wie bisher fortgesetzt werden soll, ob neue Lasten der arbeitenden Klasse aufzuerlegen sind. Wer das nicht will, muß den Vertreter der Partei wählen, die sich gegen indirekte Steuern grundsätzlich wendet und für eine direkte Reichseinkommensteuer ist. Möglicherweise wird der nächste Reichstag auch über den Entwurf eines neuen Strafgesetzbuchs zu entscheiden haben. Welche Gefahren den Gewerkschaften durch die Bestimmungen drohen, die in dem Vorentwurf enthalten sind, ist hier bereits auseinandergesetzt worden. Der Zentralverband deutscher Industrieller ist aber mit den Vorschlägen der Regierung, deren Durchführung eine Einschränkung des Koalitionsrechts bringen würde, noch nicht einmal zufrieden. So fordert er, daß das Streikpostenstehen mit Gefängnis bis zu 1 Jahr oder mit Geldstrafe bis 1000 Mark geahndet werden soll. Kürzlich forderte dieser Verband auf seiner Generalversammlung größeren Schutz der Arbeitswilligen. Einen gleichartigen Antrag haben im sächsischen Landtag die Konservativen eingebracht, und es steht zu erwarten, daß solche Anträge den Reichstag im nächsten Jahr beschäftigen werden. Schutz der Arbeitswilligen heißt aber in diesen Kreisen nichts anderes als Einschränkung des ohnehin unzulänglichen Koalitionsrechts der Arbeiter.

Dem konservativ-ultramontanen Block die Entscheidung über das Koalitionsrecht der Arbeiter zu überlassen wäre das Törichteste, was die Arbeiter tun könnten. Deshalb müssen sie im eigenen Interesse, im Interesse ihrer gewerkschaftlichen Organisationen dafür sorgen, daß eine ausreichende Zahl Sozialdemokraten in den nächsten Reichstag gewählt, und des weitern die Majorität der Rechten und des Zentrums gesprengt und durch eine fortschrittliche Arbeitsmehrheit ersetzt wird. Nur wenn es gelingt, dem Zentrum den entscheidenden Einfluß, den es heute hat, zu nehmen, ist eine Gesundung unserer politischen Verhältnisse zu erwarten.

Carl Legien.

Die Lohnbewegungen und Kämpfe 1910.

Das Jahr 1910 war ein Jahr großer wirtschaftlicher Kämpfe. Es weist die größte Zahl wirtschaftlicher Kämpfe auf, die bisher in einem Jahre in Deutschland nachgewiesen wurden. Insgesamt wurden 9690 Kämpfe geführt, an denen 1 025 542 Personen beteiligt waren. Die Durchführung der Kämpfe erforderte eine Ausgabe von

18666523 Mk. Als Resultat ist zu verzeichnen: für 344 570 Personen eine Arbeitszeitverkürzung um 756 564 Stunden und für 827 627 Personen eine Lohnerhöhung um 1815537 Mk. wöchentlich. Dazu kommt die Abwehr einer Arbeitszeitverlängerung um 9444 Stunden und die Zurückweisung einer Lohnerhöhung um 29779 Mk. pro Woche.

Von den Bewegungen des Jahres 1910 verliefen 6496 oder 67 Proz. ohne Arbeitseinstellung, während 3149 zu einer Arbeitseinstellung oder Aussperrung führten. An den Bewegungen ohne Arbeitseinstellung nahmen 656531 oder 64 Proz. aller Beteiligten teil. Das gleiche Zahlenverhältnis war in den Vorjahren zu verzeichnen. In der Statistik der Generalkommission wird darauf verwiesen, daß die große Zahl der ohne Arbeitseinstellung verlaufenen Lohnbewegungen auf die Respektierung der gefestigten und finanziell gut fundierten Gewerkschaften durch die Unternehmer zurückzuführen ist.

Von den 6496 Lohnbewegungen ohne Arbeitseinstellung galten 5580 der Verbesserung und 916 der Abwehr einer Verschlechterung der Arbeitsbedingungen. 70 Proz. der Angriffsbewegungen endeten erfolgreich, 29,7 Proz. teilweise erfolgreich; 83,7 Proz. der Abwehrbewegungen hatten vollen Erfolg.

Streiks und Aussperrungen sind im Berichtsjahre 3149 durchgeführt worden, und zwar 1385 Angriffstreiks mit 110613 Beteiligten, 839 Abwehrstreiks mit 31 500 Beteiligten und 970 Aussperrungen mit 226 698 Beteiligten. Die größte Anzahl der Kämpfe entfällt auf das Baugewerbe; waren doch hier allein 1387 Streiks und Aussperrungen mit 181 000 Beteiligten zu verzeichnen. Der Zahl der Kämpfe nach folgt die Holzindustrie mit 539 Kämpfen, doch bleibt die Zahl der Beteiligten hinter der in der Metallindustrie zurück. Während in der Holzindustrie 24 989 Personen an Streiks und Aussperrungen beteiligt waren, waren es in der Metallindustrie und im Schiffbau 95 516 Personen an 430 Streiks und Aussperrungen. Von den Streiks und Aussperrungen waren 2657 oder 83,2 Proz. erfolgreich oder teilweise erfolgreich mit 330 886 gleich 89,7 Prozent beteiligten Personen.

Die Zahl der Angriffstreiks war im Jahre 1910 beträchtlich höher als in den beiden Vorjahren, sie erreichte jedoch nicht die Höhe der Jahre 1906 und 1907.

Der Prozentsatz der Streiks, die mit vollem Erfolg für die Arbeiter endeten, ist etwas größer als in den beiden Vorjahren und der größte, der seit 1900 erreicht ist.

Die Aussperrungen sind im Berichtsjahre so zahlreich gewesen, wie in keinem Jahre vorher. Hauptbeteiligt hieran war das Baugewerbe, für das 851 Aussperrungen gezählt wurden. Von den 226 898 an den Aussperrungen Beteiligten entfielen allein auf das Baugewerbe 159 973. Und der weitestgehende Teil der beinahe 12 Millionen Mark betragenden Ausgaben, nämlich über 9¼ Millionen Mark, entfielen auf die Aussperrungen im großen Bauarbeiterkampf. Interessant ist, daß immer noch 20 Aussperrungen, mit allerdings nur 627 Beteiligten, verhängt wurden, um die Arbeiter zum Austritt aus der Organisation zu zwingen. Als Resultat der Aussperrungen ist zu verzeichnen eine Arbeitszeitverkürzung für 90 217 Personen um insgesamt 162 386 Stunden pro Woche und für 298 711 Aussperrte eine Lohnerhöhung von zusammen 845 182 Mk. wöchentlich.

Fast die gesamten Streikausgaben wurden von den Verbandskassen selbst gedeckt. Im Jahre 1910 wurden aber noch an Extrabeträgen von den Zentralvorständen 4688 400 Mk. ausgeschriben, und an Beiträgen der arbeitenden Mitglieder in Streikorten wurden noch 521 800 Mk. aufgebracht. Das sind Summen, die höher sind als die Jahreseinnahmen der gesamten Gewerkschaften in den Jahren 1891 bis 1897, denn erst mit dem Jahre 1898 übersteigt die Gesamteinnahme der Verbände 5 Mill. Mk.

Die Zahl der abgeschlossenen Tarifverträge war erheblich größer als in den Vorjahren. Es werden 4398 Tarifverträge für 607 023 Personen verzeichnet. 1909 waren es 1913 Verträge für 159 628 Personen und 1907 wurden 1360 Verträge für 282 948 Personen abgeschlossen.

Die Erforschung der Organisations- und Familienverhältnisse der an Streiks und Aussperrungen Beteiligten ergibt, daß sich 21 904 = 14,1 Proz. im Alter bis zu 21 Jahren befinden. Von den 310 711 in den Streiklisten Gefährten waren 177 374 männliche und 41 977 weibliche, zusammen 53 Proz. verheiratet. Sie hatten insgesamt für 327 882 Kinder unter 14 Jahren zu sorgen. 271 977 männliche und 15 636 weibliche Personen gebörten zu Beginn des Kampfes den Organisationen an, sechs Monate waren 227 986 männliche und 7215 weibliche Personen organisiert.

Das Gesamtergebnis der wirtschaftlichen Kämpfe des Jahres 1910 kann als ein befriedigendes, wenn auch lange nicht als ein ausreichendes bezeichnet werden. Das Prozenverhältnis der mit vollem Erfolg für die Arbeiter beendeten Angriffs- und Abwehrstreiks geht weit über den Durchschnitt hinaus. Die großen Lasten, die der Arbeiterschaft durch indirekte Steuern auferlegt wurden, geboten eine Lohnerhöhung. Millionen Arbeiter und Arbeiterinnen aber waren nicht einmal in der Lage, diese Teuerung durch Lohnerhöhung auszugleichen, weil sie den gewerkschaftlichen Organisationen fernstehen. Organisation, Solidarität und Opferwilligkeit aber sind notwendig, um die Arbeiterschaft auf eine höhere Kulturstufe zu heben.

g. n.



Allgemeines.

Teil für die
gemeinsamen Interessen aller Sparten des Berufs

Glossen zur Bewegung.

VII.

In seiner Nr. 24 vom 15. Dezember veröffentlicht das Schutzverbandsorgan einen schön frisierten Bericht über die Verhandlungen vom 7. Dezember. Darin wird immer wieder betont, daß die Unternehmervertreter vor allen Dingen eine gänzlich einwandfreie Fassung der Arbeitszeitbestimmung angestrebt hätten, sodaß es fast scheint, als solle der Anschein erweckt werden, daß die Verhandlungen nur deshalb gescheitert seien, weil sich die Gehilfenvertreter diesen Bemühungen widersetzen. Wir betonen daher mit allem Nachdruck, daß auch der Gehilfenschaft an einer gänzlich unzweideutigen Fassung sehr viel gelegen ist, um es gewissen Unternehmern für die Folge unmöglich zu machen, die Vereinbarungen nach ihrem Gutdünken auszulegen. Das schließt aber nicht in sich, daß diese klare Formulierung mit Verschlechterungen für die Gehilfenschaft verbunden werden muß. Auf diese unannehmbare Zumutung lief jedoch das Bestreben der Unternehmer hinaus, die sich entschieden weigerten, die klare und je zwei- deutigkeit ausschließende Bestimmung, daß bestehende günstigere Lohn- und Arbeitsbedingungen unter keinen Umständen verschlechtert werden dürfen, der klaren Formulierung aller übrigen Punkte wieder voranzustellen.

Mit dieser grundlegenden Bestimmung wurden 1906 auf Dr. Gerschels Anregung alle anderen Abmachungen eingeleitet; sie war der erste und vornehmste Leitsatz für das Verhältnis zwischen Prinzipalen und Gehilfen. Im Gegensatz zu 1906 erklärte aber der neue Schutzverbandsvorsitzende am 7. Dezember 1911 wörtlich: »Festzulegen, daß bestehende günstigere Lohn- und Arbeitsverhältnisse durch neue Vereinbarungen nicht berührt werden, ist uns diesmal nicht möglich!«. An der Zumutung, Verschlechterungen anzuerkennen, ist also die Verhandlung gescheitert, nicht aber an dem Verlangen der Prinzipale, die einzelnen Positionen in eine unzweideutige Fassung zu bringen, da sich dieses Verlangen durchaus mit den aus den Erfahrungen der letzten 5 Jahre resultierenden Bedürfnissen der Gehilfenschaft deckt.

Die Stellungnahme der Streikenden und Aussperrten zu den Verhandlungsergebnissen hat gezeigt, daß die Zumutung von Verschlechterungen für alle Kollegen durchaus unannehmbar ist und daß diese tatsächlich fest entschlossen sind, zu kämpfen bis zum Weißbluten, um derartige unerhörte Zumutungen abzuwehren und die Grundlagen für einen ehrenvollen Frieden zu schaffen. Das mögen sich die Unternehmer ein für allemal gesagt sein lassen.

Das Unternehmerorgan behauptet, die Gehilfenvertreter hätten bei den Verhandlungen mit einer Arbeitszeitstatistik operiert, in der die Zeit für Waschen, An- und Auskleiden, welche die Gehilfen sich im Laufe der Jahre widerrechtlich genommen haben, (sic!) als wenn sich die Unternehmer niemals etwas widerrechtlich nehmen ließen! D. R. d. Gr. Pr.) mit angerechnet sei. Wir stellen demgegenüber fest, daß die Gehilfenstatistik nicht auf dieser Grundlage beruht und daß die Waschzeit usw. ganz selbstverständlich stets zur regulären Arbeitszeit gerechnet wurde.

Wenn in der Gehilfenschaft von effektiver Arbeitszeit gesprochen wird, so ist damit stets nur die Arbeitszeit ohne die regulären Pausen gemeint, während bei der Berechnung der Gesamtarbeitszeit die Pausen, in denen der Arbeiter den Betrieb nicht verlassen darf, mit eingerechnet werden. Wenn also von den Gehilfenvertretern, wie das Schutzverbandsorgan wissen will, am 15. September von einer effektiven Arbeitszeit geredet worden sein sollte, dann ist damit nur die Arbeitszeit ohne Pausen gemeint

gewesen. Kein Gehilfe hat etwas anderes darunter verstanden.

Zur Abwechslung beruft sich das Unternehmerorgan wieder einmal auf den Buchdruckerarif, der immer als maßgebend betrachtet wird, wenn seine Bedingungen den Unternehmern in den Kräm passen, der aber gleich nicht mehr maßgebend sein soll, sobald sich die Gehilfen mit ihren Forderungen auf ihn stützen. Man betont, auch bei der Revision des Buchdruckerarifs sei die Bestimmung, daß bestehende günstigere Lohn- und Arbeitsverhältnisse als die im Tarif vorgesehenen bestehen bleiben, gestrichelt worden. Schon bei den Verhandlungen operierten die Unternehmer mit diesem Argument. Sie mußten sich aber sagen lassen, daß man bei den Buchdruckern den Schutz besserer Verhältnisse als etwas ganz selbstverständliches betrachtet. Doch sei dem wie ihm wolle: Die Lithographen und Steindruckere werden bestehende günstigere Lohn- und Arbeitsbedingungen auf keinen Fall der Laune und Willkür des schutzverbänd'rischen Unternehmertums an's Messer liefern!

Das Schutzverbandsorgan nimmt es uns schwer übel, daß wir aus der strikten Ablehnung der Unternehmervertreter, den Gehilfenvertretern ihre Vorschläge zu den übrigen Punkten der Vorlage bekannt zu geben, die einzig mögliche Schlußfolgerung zogen, daß die Unternehmer auch in den übrigen Punkten der Vorlage nicht das geringste Zugeständnis machen wollten. Das Blatt sagt dazu: »Hier behauptet die Redaktion der 'Graphischen Presse' etwas, wofür sie nicht den geringsten Anhaltspunkt hat.«

Wir sind überzeugt, daß kein denkender Mensch aus dieser strikten Weigerung, die Unternehmervorschläge ebenso offen, wie die Gehilfenanschläge bekanntzugeben wurden, der andern Verhandlungspartei mitzuteilen, eine andere Schlußfolgerung ziehen wird, wie die Redaktion der »Gr. Pr.«. Das allein ist schon Anhaltspunkt genug!

Aber schon bei den Verhandlungen wurde es durch einen Gehilfenvertreter — nicht durch den Redakteur der »Gr. Pr.« — unter der Zustimmung aller anderen Vertreter den Unternehmern deutlich gesagt, ihr Verhalten zeige augenfällig, daß auch bei den übrigen Punkten nicht nur keine Zugeständnisse, sondern ebenfalls wie bei der Arbeitszeit Verschlechterungen zu erwarten sind. Keiner der Unternehmervertreter hat ein Wort der Entgegnung gefunden, als diese Schlußfolgerung schon am 7. Dezember aus ihrem Verhalten gezogen wurde, keiner hat sie als eine »unerhörte Behauptung« zurückgewiesen, wie es jetzt das Unternehmerorgan der Redaktion der »Gr. Pr.« gegenüber tut. Daß es damals nicht geschah, ist ein weiterer durchaus sicherer Anhaltspunkt dafür, wie zutreffend unsere »unerhörte Behauptung« ist.

Selbstverständlich sollte es uns aber freuen, wenn sich die Unternehmervertreter eines besseren besonnen hätten und jetzt zu befriedigenden Zugeständnissen bereit wären. Sie würden klug handeln, wenn sie ihre Vorschläge, die in diesem Falle das Licht der Öffentlichkeit nicht mehr zu scheuen hätten, bekanntgeben und damit die Basis für neue Verhandlungen schaffen würden. Tun sie das nicht, dann liefern sie einen weiteren Anhaltspunkt dafür, daß unsere Annahme auch jetzt noch vollständig berechtigt ist.

Bekanntlich bejammert das Schutzverbandsorgan beständig den Terrorismus, dessen sich die Streikenden und Aussperrten angeblich schuldig machen sollen. Jetzt bringt man es sogar fertig, der kämpfenden Gehilfenschaft ohne jeden Anhaltspunkt eine anonyme Postkarte auf's Kerbholz zu setzen, die die Auftraggeberin einer Berliner Firma erhalten hat. Wenn das gesamte Terrorismusmaterial, dessen Sammlung sich der Schutzverband angeeignet

sein läßt, so windig aussieht wie dieser Fall, dann wird man nicht viel Staat damit machen können.

In derselben Spalte liefert uns dafür das Schutzverbandsorgan einen neuen drastischen Beitrag für unsere Registratur über den von den Unternehmern verübten Terrorismus, wie er schlimmer gar nicht gedacht werden kann. Das Blatt bedenkt nämlich die kämpfende Gehilfenschaft mit der folgenden, offenen Bedrohung:

»Denn die Folge des von den Gehilfenvertretern heraufbeschworbenen gegenwärtigen Konflikts wird für eine nicht unbeträchtliche Anzahl von Gehilfen gleichbedeutend sein mit einer langen Arbeitslosigkeit, für welche sie sich dann hinterher bei den Vertretern des Senefelderbundes bedanken können.«

Es genügt wohl, diese brutale Drohung mit einer längeren Verurteilung gegen bestimmte Gehilfen, die aus diesem Satze zu lesen ist, tiefer zu hängen, um das ganze terroristische Treiben dieser Leute an den Pranger zu stellen. Und dasselbe Blatt, das diese Bedrohung fertig bringt, maßt sich an, die Streikenden und Aussperrten des Terrorismus zu bezichtigen!

Natürlich läßt sich kein kämpfender Kollege durch die terroristischen Drohungen des Schutzverbandsorgans einschüchtern und zum Verrat an seinen streikenden und ausgesperrten Brüdern verleiten. Denn die Bewegung ist eben nicht von den »Vertretern des Senefelderbundes« gemacht, sondern sie entstand aus der dringenden Notwendigkeit der Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse und sie wurde in der Erkenntnis dieser dringenden Notwendigkeit von der organisierten Kollegenschaft nach impetierenden Mehrheitsbeschlüssen aufgenommen und durchgeführt. Das sollte schließlich auch das Schutzverbandsorgan nachgerade begriffen haben, um so mehr, als alle Zersplitterungsversuche des Schutzverbandes in dem einheitlichen Willen der organisierten Gehilfenschaft elend zu Schanden geworden sind.

Unser österreichisches Bruderorgan nimmt in seiner soeben erschienenen Nr. 24 Stellung zu dem Scheitern der Verhandlungen vom 7. Dezember. U. a. schreibt es darüber:

»Die Schuld liegt beim Schutzverband. Schon wiederholt haben wir darauf hingewiesen, daß er die Wiederaufnahme der Verhandlungen davon abhängig machte, daß die Gehilfen die 53stündige Arbeitszeit anerkennen sollten. Daß dies nicht bedingungslos möglich ist, versteht sich von selbst und gerade das eigensinnige Festhalten des Schutzverbandes an seinem Standpunkt hat dem Steindruckgewerbe die jetzt vorhandenen tiefen Wunden geschlagen. Um den Karren von dem toten Punkt wegzuschleppen, erklärte sich der Vorstand des Senefelderbundes dazu bereit, auf der Grundlage der 53stündigen Arbeitszeit zu verhandeln, indem er zugleich erklärte, die Zustimmung zu dem Ergebnis der Verhandlungen hänge von den weiteren Zugeständnissen ab. Wären die Leiter des Schutzverbandes nur halb so gute Diplomaten als sie Tölpel sind, hätten sie die ihnen geschlagene Brücke benützt und die beiden Parteien hätten zu einem Friedensschluß kommen können, der für beide Teile annehmbar war. Aber die Leute verkannten die Situation, als deren Herren sie sich plötzlich fühlten, weil sie in dem Entgegenkommen des Senefelderbundes lediglich ein Zeichen der Schwäche erblickten. ... Mit dieser Meinung kam der Schutzverband zu den Verhandlungen und nur aus ihr ist zu erklären, daß der Schutzverband mit Vorschlägen kam, die das Scheitern der Verhandlungen schon beim ersten Punkt im Gefolge haben mußten. Er hatte von vornherein die 53stündige Arbeitszeit als die Grundlage der Verhandlungen erklärt, er selbst rüttelte aber an dieser Grundlage, indem er Verschlechterungen der jetzt bestehenden Verhältnisse vorschlug. ... Das war ein unannehmbare Vorschlag, weil er in Wirklichkeit eine Verlängerung der Arbeitszeit gebracht hätte; die Einlarfzeit und die Waschzeit machen in Wirklichkeit mehr aus als die angebotene Verringerung der Arbeitszeit. Insofern waren die Herren keine schlechten Rechner. Aber sie verrechneten sich insofern, als die Gehilfen, die sie am Boden liegen glaubten, erklärten, daß der Vorschlag nicht akzeptiert werden könne. Und da die Unternehmer, die den Sieg in der Tasche zu haben glaubten, sich in diese neue Situation nicht finden konnten, war der Abbruch der Verhandlungen wiederum gegeben. Der Kampf geht also weiter, und zwar natürlich wieder um die gesamte Vorlage. Er wird verschärft weitergeführt werden, denn die Unternehmer haben gezeigt, wohin der Weg führen würde, wenn die Gehilfen die Unterlegenen wären, und dies hat die Kampflust der Arbeiter neu gestärkt und ihre Reihen stehen so stark und so fest wie am ersten Tage.«

Daß der letzte Satz durchaus den Tatsachen entspricht, wird der Schutzverband inzwischen aus dem Verlauf der Versammlungen ersehen haben, in denen die Kollegen zu dem Verhandlungsergebnis Stellung nahmen. Ein einziger Sturm der Entrüstung über die unerhörten Zumutungen der Schutzverbandsleitung ging durch alle Streik- und Aussperrungsorte, durch die ganze deutsche Kollegenschaft. Und der Schutzverband wird eher oder später begreifen müssen, wie ungeschickt er sich benahm; er wird erkennen müssen, daß er die Widerstandskraft der Gehilfenschaft völlig unterschätzte und daß sie sich Verschlechterungen nie und nimmer aufzwingen läßt.

Ueberzeugung.

»Die Ueberzeugung ist des Mannes Ehre.«
(Karl Gutzkow: »Uriel Acosta.«)

Die Artikel »Nützet die Zeit!« und »Werdet Kämpfer!« drücken mir die Feder in die Hand; denn sie sind von überzeugten Kollegen geschrieben, die es gut und ehrlich mit unserer Gesamtkollegenschaft meinen, wie alle Gleichgesinnten. Leider muß man immer und immer wieder die Beobachtung machen, daß es manche Kollegen mit ihren Bildungsbestrebungen — auch wenn sie mehr als genügend Zeit dazu haben — nicht erst nehmen.

Den Geist kann nur eine wahrhaft klassische Bildung veredeln, und die Klassiker werden leider am allerwenigsten gelesen und — verstanden. Vielfach ist ja an diesem Mangel von Aufnahmefähigkeit unsere sehr mangelhafte Volksschulbildung mit schuld. Aber im heutigen Zeitalter der billigen Volksausgaben von Reclam, Meyer und Henkel kann schon manches in der Volksschule Versäumte durch Selbstbildung nachgeholt werden.

Die Selbstbildung, das ist's, was sich so viele unserer Kollegen nicht angeeignet sein lassen, die lieber ihren Skat drischen als die Nase in gute Bücher stecken. Überhaupt unser »Zeitvertreiber heute!« Der hat so manche Schattenseiten! Ein paar Liter Bier gehen manchem Kollegen über alles andere, ob es Volksbildung oder Volkserhaltung heißt, oder ob beides mit einander verbunden ist.

So manche liebe Kollegen haben eben die Ueberzeugung noch nicht, daß nur eine mit vielem Wissen ausgestattete Arbeiterschaft wirklich vorwärts kommen kann und auch vorwärts kommen muß; denn Wissen ist Macht!

Leider benützen viele Kollegen die sich ihnen bietenden Gelegenheiten, ihr Wissen zu bereichern, fast garricht. So wurde z. B. in meinem Domizil ein wissenschaftlicher Wanderkursus des Zentralbildungsausschusses nur von einem einzigen Kollegen besucht, während fast hundert Kollegen am Platze und in nächster Umgebung sind. Die Ueberzeugung fehlte eben auch in dieser Sache den allermeisten Kollegen. Hoffentlich wird der Besuch bei späteren derartigen Gelegenheiten besser und die Kollegenschaft von dem großen Nutzen jeder Art wissenschaftlicher oder künstlerischer Darbietungen überzeugt werden. Daher will ich mit Karl Gutzkows Worten schließen:

»Der Aermste selbst, verloren in der Masse, Erwirbt durch Ueberzeugung sich den Adel, Ein Wappen, das er selbst zerbricht und schändet, Wenn er zum Lügner seiner Meinung wird.«
Und deshalb meine feste Ueberzeugung! S.

Gautag in München.

Der Gau Südbayern hielt am 25. und 26. November in München seinen *Gautag* ab. Er war von 26 Kollegen besucht, darunter Gäste aus Nürnberg, Fürth, Stuttgart und Lahr.

Zu Beginn der Tagung erstattete der Vorsitzende Buchner *Bericht über seine bis herige Tätigkeit*. Hervorzuheben sind die heuer in Augsburg geschäftsweise abgeschlossenen Tarife, deren Hauptergebnisse ein geregeltes Arbeitsverhältnis und annehmbare Lohnzulagen bildeten. In der Photographenorganisation wurde unter tatkräftiger Mitarbeit der Münchener Filiale III (Lichtdrucker und Photographen) das Möglichste geleistet. Leider steht der Erfolg nicht im Einklang mit der aufgewandten Mühe, was Buchner in der Hauptsache den niederen Löhnen und dem hohen Beitrag zuschreibt. In Kaufbeuren galt es, den Christlichen entgegenzutreten und die Gründung einer Zahlstelle zu verhindern, die, wenn sie zustande gekommen wäre, den Ausgangspunkt fortwährender Reibereien gebildet hätte.

Anschließend erstattete der Gauassierer Börtel den *Kassenbericht*. Geringen Ausgaben stehen die üblichen Zuschüsse aus der Hauptkasse gegenüber, sodaß der Kassenbestand als günstig zu bezeichnen ist.

Ueber unsere Bewegung berichtete sodann Kollege Buchner. Er ließ die Entwicklung und den bisherigen Verlauf der jetzigen Bewegung Revue passieren, soweit er als Teilnehmer an den in letzter Zeit wiederholt abgehaltenen Gauvertreterkonferenzen Informationen besaß. Der als Gast anwesende Kollege Billmann-Nürnberg ergänzte die Ausführungen Buchners und fand lebhafteste Zustimmung bei der Bekanntgabe, daß sich die Nürnberger Kollegenschaft mit einer Kampfdauer bis Ostern vertraut gemacht hat. Er gab die Zuicherung, daß

auch bis zu diesem Zeitpunkt die Kollegen wie ein Mann zusammenstehen werden. Gleich günstiges berichtete Kollege Richter-Lahr. In Mannheim ist die Aussperrung so gut wie beendet, da keine Aussperrten mehr am Orte sind. Die Lahrer Kollegen werden ohne Zugeständnisse die Arbeit auf keinen Fall aufnehmen. Die Bewegung hat die gute Seite, daß frisches Leben in die Kollegenschaft einbezogen ist. Auch die Kollegen Rieß-Fürth und Schaub-Stuttgart berichteten noch über den Stand der Bewegung in ihren Orten.

Bei der *Stellungnahme zum Zentraltarif* hielt Kollege Reiß das einleitende Referat. Seine Auslassungen gipfelten in der Ablehnung eines Zentraltarifs. Die Tatsache, daß innerhalb unserer Organisation für zwei Berufssparten bereits Zentraltarife bestehen, bedeuten keinen Widerspruch zu seiner Auffassung. Die Berufsverhältnisse der hier in Betracht kommenden Sparten seien im Vergleich mit denen im Steindruckgewerbe so grundverschieden, daß man dort einem Zentraltarif wohl das Wort reden könne, während man sich hier entschieden dagegen wehren müsse. Die Berufsverhältnisse in Lithographie und Steindruck weichen in manchen Gegenden Deutschlands so wesentlich von einander ab, daß schon ein Tarif auf mittlerer Linie eine starke Benachteiligung eines großen Teiles der Kollegenschaft bedeuten würde. Einen Zentraltarif schaffen hieße die durch örtliche Tarife errungenen günstigeren Verhältnisse verschlechtern. Die Diskussion bewegte sich größtenteils im Sinne des Referats; eine abweichende Haltung nahmen die Chemigraphenvertreter ein. Ihr Arbeitsnachweiser, Kollege Alois Mayer, zog Vergleiche mit dem Chemigraphenarbeitsvertrag; er gab zu, daß bei dessen Einführung manche Orte mit guten Verhältnissen etwas Haare lassen müßten, dagegen haben sich die Verhältnisse in ganz zurückgebliebenen Orten wesentlich gehoben.

Das Ergebnis der Beratung über die beiden vorgenannten Punkte war die Annahme folgender Resolution, deren erster Teil *einstimmig* und deren zweiter Teil gegen zwei Stimmen angenommen wurde: »Der Gautag des Gau XI des Verbandes der Lithogr., Steindr. und verw. Berufe ist der Meinung, daß nach den Berichten der anwesenden Vertreter von Nürnberg, Stuttgart und Lahr die Bewegung mit allem Nachdruck weitergeführt und an den aufgestellten Forderungen festgehalten werden muß. Insbesondere legt der Gautag Wert darauf, daß die Verkürzung der Arbeitszeit für Steindrucker auf 51 Stunden pro Woche durchgeführt wird. Ferner bringt der Gautag zum Ausdruck, daß ein Zentraltarif für die Lithographen und Steindrucker nicht zum Abschluß gebracht werden soll, weil dieser auf unsere Aktionsfreiheit hemmend wirkt.«

Ueber den *Gauarbeitsnachweis* referierte Kollege Ferkel. Er erging sich in Erläuterungen über den lokalen Arbeitsnachweis und schlußfolgerte, daß, wenn in jeder Zahlstelle der Arbeitsnachweis gleich straff gehandhabt wird, die Vorbedingung gegeben ist, um für einen erweiterten Kreis die Arbeitsvermittlung rasch und wirksam zu ermöglichen. In erster Linie sollen sich benachbarte Orte miteinander in Verbindung setzen. Durch einen regelmäßigen Listenaustausch arbeitsloser Kollegen könnte oft schneller wie bisher einem Arbeitssuchenden Stellung verschafft werden. Ferkels Ausführungen zeitigten eine lebhafteste Diskussion. Jeder Redner erblickte in der Verwaltung des Arbeitsnachweises eines der wichtigsten aber auch der undankbarsten Aemter innerhalb einer Mitglieberschaft.

Des Referats über den Punkt *Lehrlingsfrage und Arbeiterjugend* entledigte sich Kollege Adlerstein durch eine anschauliche Schilderung über die Verhältnisse in der Lehrlingsabteilung in München. Daraus konnte man entnehmen, welche Unsumme von Mühe, Geduld und Aufopferung aufgewendet werden muß, um auf einen positiven Erfolg zurückblicken zu können. Unsere Lehrlingsabteilung wie die allgemeine Bewegung der Arbeiterjugend macht stetig erfreuliche Fortschritte, trotz heftigster Bekämpfung durch alle bürgerlichen Parteien und Parteischattierungen. Leider bringt auch noch ein guter Teil Kollegen der Jugendorganisation das nötige Verständnis nicht entgegen.

Sodann wurden die Tarife im Gau XI einer kritischen Besprechung unterzogen.

Bei der Aussprache über *Photographenangelegenheiten* gab Kollege Hinteraner einen Einblick in die oft krasse Arbeits- und Lohnverhältnisse der Porträphotographen. Es soll diesbezügliches Material gesammelt werden, um dann in geeigneter Form als Agitationsstoff für die Kollegen dieser Sparte verwendet zu werden. Der Gautag bewilligt hierzu die Mittel. Erfreulicherweise zeigt sich mehr und mehr das Organisationsbedürfnis unter den Photographen. Dieses Bedürfnis durch Beitritt in den Senefelderbund zu befriedigen, hindert meistens der mit dem Verdienst nicht im Verhältnis stehende Beitrag. In der Diskussion teilte Kollege Schaub mit, daß es in Stuttgart mit der Photographenbewegung vorwärts gehe. Dort stehe man vor einem Tarifabschluß für diese Sparte.

Kollege Kalb gab einen Situationsbericht über die *Lichtdruckverhältnisse* und über die Wirkung des neuen Tarifs. Er lenkte die Aufmerksamkeit besonders auf die im Mezzotintverfahren Beschäftigten. Zu dieser Sparte haben sich Leute gedrängt, die für diesen Beruf eine große Oefahr werden können, da es in der Mehrzahl völlig Indifferente sind. Hierzu wurde folgender Antrag angenommen:

Die zuständigen Verwaltungen möchten die Organisierung der zum großen Teil noch indifferenten Gehilfenschaft des Mezzotintoberufes und ihre Angliederung an den Verband der Lithogr., Steindr. und verw. Berufe in die Wege leiten.

Zum Schluß dankte Kollege Buchner als Vorsitzender den Erschienenen, besonders den auswärtigen Kollegen, für ihre treue Mitarbeit. Er gab der Hoffnung Ausdruck, daß alle auf diesem Gaitag gegebenen Anregungen sich realisieren mögen.

J. M.

Ortsberichte.

Aus den Streik- und Aussperrungsorten.

Berlin. Am 11. Dezember nahm die Berliner Kollegenschaft in einer außerordentlich stark besuchten Versammlung, die in einem der größten Berliner Säle stattfand, Stellung zu den Verhandlungen vom 7. Dezember. Die Kollegen wiesen einmütig die Zumutungen der Unternehmer zurück da die von letzteren vorgeschlagene Formulierung der Bestimmung über die Arbeitszeit für die Gehilfenschaft ganz Deutschlands, besonders aber für Berlin, eine bedeutende Verschlechterung und eine Verlängerung der seither üblichen Arbeitszeit bedeuten würde. Der lebhaftere und allseitige Beifall, mit dem die Ausführungen des Referenten Kollegen Haß aufgenommen wurden, lieferte ebenso wie die Äußerungen der Diskussionsredner den Beweis, daß der Kampfesmut der Berliner Kollegen noch ungeschwächt ist, daß sie heute noch so fest und entschlossen zusammenhalten wie vor zehn Wochen, als der Kampf begann, und daß es den Unternehmern nicht gelingen wird, diese unerschütterliche Kampferfahrung zu besiegen.

Cassel. In unserer vollzählig besuchten Versammlung vom 13. Dezember kam zum Ausdruck, daß der Schutzverband bei den letzten Einigungs- verhandlungen sein wahres Gesicht gezeigt habe. Die Rechnung vieler Unternehmer, Anfang nächsten Jahres ihre Betriebe wieder voll aufnehmen zu können, war ohne die schamhafte Leistung des Schutzverbandes gemacht worden, die am 7. Dezember durch ihre unerhörten und für die Gehilfenschaft unannehmbaren Zumutungen den Friedensschluß hintertrieb. Die Versammlung gab in unverblümter Weise dem Schutzverbande zu verstehen, daß er sich gewaltig getribe habe, wenn er annehme, die Gehilfenschaft würde jetzt zu Weihnachten zu Kreuze kriechen. Mehr denn je sei nach Entbillung der Praktiken des Schutzverbandes die Erbitterung gestiegen. Die Abstimmung ergab die einstimmige Ablehnung des Verhandlungsergebnisses und ein einstimmiges Vertrauensvotum für die Gehilfenvertreter. Am 23. Dezember findet eine Weihnachtsfeier der Streikenden und Aussperrten statt, zu der die hiesigen Buchdrucker in anerkennenswerter Weise 100 Mark gestiftet haben.

Dresden. In einer am 12. Dezember in den Blumenäulen abgehaltenen Massensammlung nahm die Dresdener Kollegenschaft nach dem Bericht des Kollegen Barthel über die Verhandlungen vom 7. Dezember Stellung zu dem Verhandlungsergebnis, das einstimmig abgelehnt wurde. Die Haltung der Gehilfenvertreter wurde rückhaltlos gebilligt, während die Zumutung des Schutzverbandes, die Arbeitszeit noch zu verschlechtern, allseitig scharfe Verurteilung erfuhr. In der Diskussion kam zum Ausdruck, daß allein die Ausschaltung der Waschgelegenheit vor Schluß der Arbeitszeit mittags und abends für die Kollegen vieler Anstalten einer Arbeitszeitverlängerung um 2-3 Stunden wöchentlich gleichkommen würde. Diesen Zumutungen gegenüber wird die ausgesperrte Dresdener Kollegenschaft allen Zersplitterungsversuchen zum Trotz den Kampf einig und geschlossen durchführen bis zu einem guten Ende. Bis jetzt ist noch kein einziger Kollege den Lockungen der Unternehmer erlegen; daß dieses auch in Zukunft nicht geschehen wird, dafür bürgt der Geist, der die Kollegenschaft belebt, und die flammende Entrüstung, die die von den Unternehmern am 7. Dezember aufgeführte Komödie ausgelöst hat.

Frankfurt a. M. Wenn es möglich gewesen wäre, die kämpfende Gehilfenschaft in Frankfurt a. M. noch fester zusammenzuschweißen, dann würde es dem Schutzverbande durch seine unqualifizierbaren Zumutungen vom 7. Dezember gelungen sein. Die hiesigen Kollegen sind fest entschlossen, diesen Zumutungen durch unerschütterliche Ausdauer im Kampfe ein tatkräftiges Paroli zu bieten. — Gegenüber der Behauptung des Schleifsteins, die Frankfurter Firmen, die sich mit der Gehilfenschaft geeinigt haben, seien lauter kleine Betriebe gewesen, muß festgestellt werden, daß in einem dieser „kleinen“ Betriebe 13 Schnellpressen laufen! Zwei dieser geregelten Betriebe hatten sich mit dem Schutzverbande solidarisch erklärt und das vom Schutzverbande diktierte gemeinsame Antwortschreiben an die Gehilfenschaft mit unterschrieben. Sie waren klug genug, der schamhaften Schutzverbandsleitung die Freundschaft wieder zu kündigen und sich mit der Gehilfenschaft zu einigen.

Hallbrunn. In unserer Versammlung vom 12. Dezember referierte der Vorsitzende Kollege Latwieser auf Grund des vorliegenden Materials über das Scheitern der Verhandlungen vom 7. Dezember. Die Haltung der Unternehmer löste allseitige Entrüstung aus. In der Diskussion erklärten

sich sämtliche Redner mit den weiteren Maßnahmen der Gehilfenvertreter voll und ganz einverstanden, alle Kollegen sind gewillt, auch weiter im Kampfe auszuharren, bis der Sieg unser ist. Daran vermag auch die an einzelne Kollegen erfolgende weitere anonyme Zusendung der Unternehmerzeitung nichts zu ändern. Diese Blätter gehen alle einen bestimmten Weg. Den Unternehmern wurde anheimgegeben, den Titel Kunstanstalt für ihre Betriebe in Zucht- hausanstalt abzuändern.

Laubitz. In unserer letzten Mitgliederversammlung wurden ganz besonders die Zumutungen, die die Schutzverbandsleitung an die Gehilfenschaft stellte, dem Tarifausschuß gegenübergestellt, der kürzlich in der benachbarten Schweiz zwischen Prinzipalen und Gehilfen erfolgte. Dieser Tarif sieht auch die Arbeitszeitverkürzung auf 52 Stunden und ab 1. Januar 1913 auf 51 1/2 Stunden wöchentlich, sowie Ferien, Lehrlingsregelung, Abschaffung aller Akkord- und Hausarbeit vor. Durch diesen Tarifschluß wurde das schweizerische Steindruckgewerbe vor schweren Erschütterungen bewahrt. Damit vergleiche man die „Heimatspolitik“ der deutschen Schutzverbandsleitung! Die äußerst zahlreich besuchte Versammlung faßte einstimmig folgenden Beschluß: »Die Lehrer Lithographen und Steindrucker sind aufs tiefste empört über die bei den am 7. Dezember in Berlin stattgefundenen Verhandlungen zutage getretenen Zumutungen der Fabrikanten und sprechen dem Hauptvorstand des Verbandes der Lithographen und Steindrucker ihre vollste Anerkennung aus, diese unverschämten Zumutungen zurückgewiesen und die weiteren Verhandlungen auf solcher Grundlage abgelehnt zu haben. Die Lehrer Lithographen und Steindrucker versprechen, ungeschwächt Mutes weiter im Kampfe auszuharren.« Am 23. Dezember wird im Aussperrlokal eine Weihnachtsfeier der Aussperrten veranstaltet werden.

Nürnberg. Am 13. Dezember nahm die Nürnberger Kollegenschaft Stellung zu den Verhandlungen vom 7. Dezember. Kollege Hermann Müller-Berlin gab einen Ueberblick über den Gang der Verhandlungen und betonte zum Schluß, daß sie nach beiderseitigen Erklärungen unter dem Gesichtspunkte abgebrochen wurden, daß das Verlangen der Unternehmer für die Gehilfenschaft unannehmbar ist. Daß man aber auf Unternehmenseite des Kampfes müde sei, bewies die Tatsache, daß die Berliner Kunstanstaltsbesitzer von dem Verhandlungstage ab ihre Maschinen in Stand setzen ließen, weil sie der festen Ueberzeugung waren, die Gehilfen würden diesen faulen Zauber annehmen. Diese Ueberzeugung sei noch besonders dadurch genährt worden, daß die Schutzverbandsleitung ihren Mitgliedern vormachte, die Kassen des Verbandes seien erschöpft und die Auszahlung der Unterstützung müßte eingestellt werden. Dem ist jedoch nicht so, und außerdem stehen uns noch viele Hilfsquellen zur Verfügung, von denen bis jetzt keine einzige in Anspruch genommen worden sei. — Zeigte schon der riesige Beifall, der dem Referenten während seiner Ausführungen und an deren Schluß gespendet wurde, wie die in der 10. Woche im Streik Stehenden denken, so bewies die Diskussion jedem auf das deutlichste, daß die Kämpfenden nicht gewillt sind, sich solchen entwürdigenden Bedingungen zu fügen. In der Diskussion kam hauptsächlich zum Ausdruck, daß wir es nicht allein der Ehre unseres Verbandes, sondern auch der Ehre der gesamten Arbeiterbewegung schuldig sind, weiter auszuharren, bis wir eines Tages melden können: Entweder alles gewonnen, oder alles verloren, nur die Ehre nicht.

Saalfeld a. S. Am 4. Dezember sprach Kollege Herbst-Leipzig in einer öffentlichen Versammlung über die Aussperrung und die öffentliche Meinung. Die Aussperrungsunternehmer waren zu dieser öffentlichen Versammlung extra brieflich eingeladen worden; sie zogen es aber vor, nicht zu erscheinen. Einer der Herren hat geäußert, daß sie zweimal in der Woche am Ort und einmal in Leipzig zusammenkommen; wer will es ihnen da verdenken, wenn sie bei solchen geheimen Zusammenkünften die öffentliche Versammlung lieber schwänzen! — Am 13. Dezember referierte Kollege Reimert über das Scheitern der Verhandlungen vom 7. Dezember. Die Kollegen waren vollzählig erschienen. Sie verurteilten einstimmig das vom Schutzverbande aufgeführte gewagte Spiel und gelobten aufs Neue, einmütig auszuharren, bis die Grundlagen für einen ehrenvollen Frieden gesichert sind.

Der Lithograph

Teil für die Interessen der Lithographen, Kartographen graphischen Zeichner und Maler.
Redigiert von Fr. Schmetter, Hannover.

Falsche Muster.

Das Deutsche Steindruckgewerbe, das Leibblatt der satten Nutznießer des Ertrages der Arbeit unserer Kollegenschaft, bringt unter der Ueberschrift *Falsche Muster* folgenden gefühlvollen Erguß:

»Immer wieder versuchen es unerfahrene junge Leute, sich auf Grund falscher Muster Stellung zu verschaffen, ohne zu bedenken, daß eine solche Stelle nur von kurzer Dauer sein kann, weil das

Engagement unter ganz falschen Voraussetzungen erfolgt ist. Daß, gestützt auf die falschen Zeugnisse, nebenbei auch noch unberechtigt hohe Lohnansprüche gestellt werden, ist selbstverständlich und sei nur zur Vervollständigung des Vorganges erwähnt. Sehr naiv machte es kürzlich ein junger Lithograph, der erst ein Jahr seine Lehrzeit hinter sich hatte. Er sandte Muster ein, denen jeder Fachmann es sofort ansah, daß der junge Mann sie nicht gemacht haben konnte. Eine Anfrage bei dem Lehrprinzipal bestätigte den Verdacht im vollsten Maße. Die erbetene Auskunft lautete u. a.: »Wir bedauern außerordentlich, daß sich der junge Mann betrügerischer Manipulationen bedient, um durch fremde Muster zu einer Stellung zu gelangen, welcher vorzustehen er nicht gewachsen ist. Der uns eingesandte Druck ist natürlich von ihm nicht gefertigt, sondern er hat vielmehr nur einige Schriftzeilen im Fond daran geholfen.« Und weiter: »... teilen wir Ihnen mit, daß die uns vorliegende Kollektion, mit Ausnahme einiger Bieretiketten, von der Hand des X. nicht herrühren und wir uns deshalb genötigt sehen, unser Eigentum, das sich X. unrechtmäßig angeeignet hat, zurückzubehalten. Wir bitten Sie freundlichst, den X. davon in Kenntnis zu setzen, daß wir unser Eigentum, auf welches er kein Anrecht hat, einbehalten müßten und bereit sind, nur seine selbstgefertigten Arbeiten, mit unserem Firmenstempel versehen, wieder auszubändigen. Jedenfalls spricht der vorliegende Fall charakteristisch für X., indem er seinen Mustern Arbeiten einverleibt, die schon 10-12 Jahre zurückliegen, indessen der junge Mann erst kaum 5 Jahre im Fach ist. Im Interesse unsers Gewerbes scheint es wohl angebracht, durch gegenseitigen Austausch derartigen Vorkommnisse nach Kräften zu steuern.« — Die letztere Mahnung kann man allen Kollegen nur dringend zur Beachtung ans Herz legen.

Diese Auslassung des Deutschen Steindruckgewerbes offenbart uns wieder einmal recht deutlich, daß sich bei einer gewissen Sorte von Schutzverändern die Eigentumsbegriffe schon vollständig verwirrt haben. Zu wundern braucht man sich über diese Erscheinung nicht. Großkapitalistische Ausbeuter, die sich als Nutznießer der Arbeit andrer schon ohnehin keinen rechtlichen Begriff von Meir und Dein bilden können, müssen ja schließlich zu solchen verwirrten Eigentumsbegriffen kommen, wenn sie vom Schutzverbandsblatt fortwährend mit einer perversen Eigentums-moral traktiert werden. Jedenfalls muß jeder, der sich einen gesunden Menschenverstand bewahrt, hat, ohne weiteres feststellen, daß sich die beiden »gebildeten« Schutzveränder, die sich in der hier angeführten Auslassung des Deutschen Steindruckgewerbes offenbaren, ebenso leichtfertig über uns herrschenden Eigentums-gesetze hinwegsetzen, wie sie sich an unsrer deutschen Muttersprache versündigt. Wer gibt denn dem Verfasser dieser Veröffentlichung des Schutzverbandsblattes das Recht, das ihm von einem Arbeiter anvertraute Eigentum einem andern auszuliefern? Wer gibt diesem sogenannten Lehrprinzipal das Recht, dieses ihm von einem Gesinnungsgenossen widerrechtlich zugestelltes Eigentum eines Arbeiters zu unterschlagen? Es ist eine große Gemeinheit dieses Mannes, ohne weiteres zu behaupten, daß sich der junge Lithograph X. seine Arbeitsmuster unrechtmäßig erworben, daß er sie von ihm gestohlen habe! Diese Drucke können doch ebenso gut aus der rechtmäßig erworbenen Mustersammlung eines älteren Kollegen stammen. Ältere Lithographen unterstützen erfreulichweise jüngere Arbeitsgenossen sehr oft in der Weise, daß sie ihnen Muster aus ihrer Sammlung zu Lernzwecken ausleihen. Eine solche Uneigennützigkeit ist natürlich allen selbsttätigen großkapitalistischen Beutejägern ein fremder Begriff. Weiter: woher nimmt sich dieser Lehrprinzipal die Befugnis, den Teil der Musterkollektion des jungen Lithographen X., den er nicht unterschlägt, mit seinem Firmenstempel zu beschmutzen?

Nun zu der Klage, daß sich der junge Mann betrügerischer Manipulationen bedient, um durch fremde Muster zu einer Stellung zu gelangen. Wir wissen nicht, wie weit dieser Vorwurf berechtigt ist. Wir betonen ausdrücklich, daß wir ein Hartieren mit falschen Mustern nicht billigen. Sich über solche Vorkommnisse aufzuregen, dazu haben aber die Unternehmer am wenigsten ein Recht, da ja gerade sie die sind, die junge Lithographen geradezu zu solchen Handlungen zwingen. Man verlangt von jedem Lithographen, der sich um eine Stelle bewirbt, daß er Muster vorlege, man weigert sich aber sehr oft, solche an Lithographen auszuhandigen. Begrifflicher Weise haben unter dieser passiven Resistenz einer gewissen Sorte Unternehmer am meisten die jüngeren Kollegen zu leiden. Die Art unsers Berufe bringt dies mit sich. Bleibt denn nach dieser Lage der Verhältnisse in unserm Berufe einem jungen Kollegen, der in dieser Weise von Unternehmern aus brutalem Egoismus um sein Recht betrogen wird, etwas anders übrig, als mit falschen Mustern zu hantieren, wenn er nicht verhungern

will? Ginge es in unserm Staatsleben gerecht zu, dann müßten alle die Ausbeuter, die durch ihr schamloses Verhalten Lithographen zu solchen Handlungen zwingen, vor den Strafrichter kommen! Es gehört schon eine ungeheure Portion echter Pharisäermoral dazu, sich als Veranlasser solcher unredlichen Handlungen ohnedies noch über diese unglücklichen Lithographen, die durch den Druck der Verhältnisse geradezu zu diesem Vorgehen gezwungen werden, öffentlich zu entrüsten. Weiter kann man die Heuchelei wirklich nicht mehr treiben!

Am Schlusse der Auskunft des gemüthvollen Lehrprinzipals heißt es: »Im Interesse unseres Gewerbes scheint es wohl angebracht, durch gegenseitigen Austausch (natürlich der eingesandten Muster. D. R. d. L.) derartigen Vorkommnisse nach Kräften zu steuern!« Dazu sagt der Artikelschreiber im Steindruckgewerbe: »Die letztere Mahnung kann man allen Kollegen nur dringend zur Beachtung aus Herz legen.«

Hier könnte man wirklich sagen: nur Böswilligkeit oder absolute Verrathheit in schamfäckerischen Hetzideen können einen Menschen veranlassen, derartigen verbrecherischen Anregungen seine Zustimmung zu geben. Wir sagen: im Interesse unsers Gewerbes wie auch im Interesse unsrer selbst ist es notwendig, einem derartigen widerrechtlichen Umgehen mit unserm Eigentum, einem derartigen gemelnen, schoffen Vertrauensbruch mit allen den uns zu Gebote stehenden Mitteln energisch zu bekämpfen. Wir müssen es unbedingt verhindern, daß von gewissenlosen Ausbeutern in unserm Gewerbe unsere Eigentumsrechte in dieser angeregten Weise schamlos verletzt, daß von perversen Verfechtern einer Diebesmoral die allgemein gültigen Grundsätze von Recht und Billigkeit so brutal mit Füßen getreten werden!

Die Zentralkommission der Lithographen machte vor einiger Zeit hier bekannt, daß sie von allen den Unternehmern, die in schamloser Weise das Musterrecht unsrer Kollegen brechen, ein Verzeichnis anfertigen wolle. Sie forderte die Kollegen auf, ihr alle derartigen Vorkommnisse unverzüglich zu melden. Wir können unsern Kollegen nur raten, diesem Ansuchen auch unbedingt in allen Fällen Folge zu leisten! Das Verzeichnis dieser Rechtsbrecher, dieser Mißachter einer alten Berufssitte soll dann von Zeit zu Zeit veröffentlicht werden. *Kein Kollege darf solem in dem Verzeichnis ausgeführten Uebeltäter jemals w ed r Muster einsenden!* Nur wenn wir auf diese Weise streng vorgehen, können wir es durchsetzen, daß uns überall in der Musterfrage unser Recht zuteil wird. Wir können garnicht anders handeln, wenn wir uns davor schützen wollen, daß mit unserm Eigentum Mißbrauch getrieben wird.

Dem jungen Lithographen X., von dem in der Auslassung des Steindruckgewerbes die Rede ist, wäre im übrigen auch noch anzuraten, den Verfasser des Artikels, der seine eingesandten Muster seinem Lehrprinzipal ausgehändigt hat, für den Verlust der Muster haftbar zu machen. Dieser Mann hatte durchaus kein Recht, mit seinen Mustern solchen Mißbrauch zu treiben. Er war verpflichtet, das ihm anvertraute Eigentum unberührt wieder zurückzugeben. Für den Schaden, der dem Muster-einsender durch diese widerrechtliche Vorenthaltung seines Eigentums entstanden ist, hat dieser Mensch in erster Linie aufzukommen. Auch für die Unternehmer gilt die Pflicht, *Mein und Dein* stets richtig zu unterscheiden.

Zum Schlusse wollen wir noch bemerken, daß wir auch sonst allen Anlaß haben, stets darauf zu achten, daß im Umgang mit unsern Mustern von den Unternehmern immer die guten Sitten in jeder Weise gewahrt bleiben. Von jeder anständigen Firma kann man zum mindesten erwarten, daß sie die ihr eingesandten Muster wieder in der Verpackungsform zurückschickt, wie sie ihr zugestellt worden sind. Viele Unternehmer glauben aber, diese im Geschäftsleben allgemein herrschende Anstandspflicht gelte für sie nicht; sie meinen, im Verkehr mit Arbeitern jederzeit Portokosten sparen zu dürfen. Wie sich in dieser Hinsicht manche Firmen verhalten, zeigt eine Nachricht, die letzthin ein Kollege von einer Dresdner Anstalt erhalten hat. Diese lautet: »Ihre Musterendung habe retourniert wie erhalten und zwar vor der Bemühung Ihres Verbandskollegen. Es fehlt Nichts daran, natürlich ist *Drucksache* offene Sendung, wenn Sie Rückporto nicht beifügen! Hochachtungsvoll Kunst- und Druck-anstalt »Graphos« Johannes Fritzsche Dresden.«

Zu bemerken ist, daß dieser Firma die Muster, die sie erst auf wiederholtes Drängen zurückgegeben hat, in einem *Einschreibebrief* zugesandt worden waren. Ein Muster hat dieser Kollege nicht wieder erhalten.

Diese große Mißachtung des Wertes unsrer Muster, die in einem solchen Gebaren zu Tage tritt, können wir den Unternehmern auch nur abgewöhnen, wenn wir jeden einzelnen Fall hier gebührend kennzeichnen.

Aus den Sektionen.

Berlin. Durch die Aussperrung im Steindruckgewerbe sind auch die Kartographen des »Pharus-Verlag« in Berlin, eines Landkartenverlags, in einen Konflikt mit ihrem Unternehmer geraten. Den Steindruckern wurde Steuerschuld zugemutet. Sie legten deshalb die Arbeit nieder und die Kartographen be-tätigten ihre Solidarität durch die Einreichung der Kündigungen. Die Kündigungsfrist ist nun abgelaufen und auch die Kartographen stehen jetzt im Streik. Das ist besonders beachtenswert, weil die Berliner Kartographen von wirtschaftlichen Kämpfen bisher fast völlig verschont blieben; der ausbrochene Streik ist denn auch der erste, den Berliner Kartographen auszufechten haben. Man sieht die Aussperrungswut der Unternehmer treibt immer neue Arbeiterschichten in den Kampf.

Die photomech. Fächer.

Teil für die Interessen der Chemigraphen, Reproduktions-Photographen, Lichtdrucker, Kupferstecher u. -Drucker

Eine verpuffte Staatsaktion.

Einen argen Reinfall vor Gericht erlebte die Firma Werner & Ziller, Dresden, sowie der von ihr gehetzte und gepflegte Arbeitswille, das Mitglied der selben Chemigraphen-Vereinigung Herr Hameck aus Chemnitz.

Kollege Lorenz, als Leiter der Dresdner Chemigraphen-Filiale, sowie die streikenden Kollegen Tesch, Trepte und Nötzold hatten sich vor Gericht zu verantworten wegen Nötigung, Beleidigung und sonst noch mehr. Eine hochpolizeiliche Untersuchung wurde veranstaltet. Zwar hatte sich der Herr Arbeitswille Hameck-Chemnitz in keiner Weise belästigt gefühlt, aber die Firma hatte ihn aufgefordert, Anzeige zu erstatten und der Wunsch des Unternehmers war ihm natürlich Befehl. Auf Wunsch fühlte man sich schließlich sogar belästigt.

Am 27. November war die Hauptverhandlung. Die erste Enttäuschung erlebte die Firma schon ehe die Verhandlung eröffnet wurde. Die Klagen gegen Nötzold, Tesch und Trepte wurden durch Vermittlung des Rechtsanwaltes Giese zurückge-
zogen vor Eintritt in die Verhandlung. Kollege Lorenz nahm als alleiniger Schwerverbrecher Platz. Die Firma Werner & Ziller ist aus der Tarifgemeinschaft ausgeschlossen; selbstverständlich legten unsere Kollegen dort die Arbeit nieder und es gelang der Firma unter großer Mühe in der Person des Herrn Hameck einen Arbeitswilligen zu bekommen. Kollege Lorenz informierte sich pflichtgemäß in dem bisherigen Aufenthaltsorte Hamecks, in Chemnitz, und erhielt von dort die Nachricht, dieser sei Verbandsmitglied. Am 18. September nun sollte Lorenz nach Angabe des Arbeitswilligen diesem gedroht haben, seine ganze Existenz zu vernichten, ihn in allen Zeitungen zu brandmarken, besonders in der Volkszeitung werde veröffentlicht werden. Kurz und gut, mit dem größten Terrorismus sollte er auf den armen lieben Menschen eingewirkt haben.

So lauteten die Aussagen in der Voruntersuchung. In der Verhandlung selbst allerdings knickte Hameck unter den Fragen des Verteidigers und unseres Kollegen recht bald zusammen. Ein Stück nach dem andern vom Terrorismus löste sich in Nichts auf und zuletzt blieb weiter nichts übrig, als daß Kollege Lorenz ihn in ruhiger Weise auf das Unschöne seines Verhaltens als ehemaliges Verbandsmitglied aufmerksam gemacht habe und ihm bemerke, es sei doch nicht schön, wenn er in der »Graphischen Presse« als Arbeitswilliger veröffentlicht werde. Selbst die »Volkszeitung«, mit der Lorenz gedroht haben sollte, wie anfänglich der Zeuge bestimmt versicherte, mußte Hameck aufgeben.

Scharf ging der Verteidiger mit dem Zeugen zu Gericht. Die Rolle hatte gewechselt und hegel-dicht sausten die Angriffe unseres Rechtsanwaltes auf den Arbeitswilligen nieder.

Rechtsanwalt Giese wies darauf hin, wie die un-saubersten Elemente oft den Streikbruch aus den unedelsten Motiven als ein einträgliches Geschäft betreiben zum Schaden des ganzen Berufes und daß selbstverständlich unter der denkenden Arbeit-schaft Erbitterung herrsche über die Schädlinge des Erwerbslebens. Nachdem er dann die ganze An-lage respizität, beantragte er kostenlose Frei-sprechung. Das Urteil lautete auf 10 Mark Geld-
strafe wegen Nötigung, weil Lorenz dem Zeugen die Veröffentlichung in der »Graphischen Presse« in Aussicht stellte. Jede Brandmarkung durch die Presse sei aber ein Uebel. Anerkannt wurde die große Sachlichkeit, die Kollege Lorenz bei der

Unterredung behalten habe, da aber alle Ueber-redungsversuche versagen, habe er die Geduld ver-loren und sich zu dieser Aeußerung hinreißen lassen. Deshalb sei der Fall besonders milde zu beur-teilen und lediglich auf Geldstrafe zu erkennen.

Dem Rechte ist Genüge getan. Eine Brand-markung durch die Presse ist verboten. Hoffentlich verübelt uns nun der Herr Arbeitswille die Ver-öffentlichung der Verhandlung nicht.

Die gelben Chemigraphen aber sind um ihren Bundesbruder nicht zu beneiden. R. D.

Die Tapetenbranche.

Teil für die Interessen der Formstecher, Tapeten-, Lino-leum-, Wachs-tuch-, Zeug- und Seidendrucker.

Arbeitsnachweisführer: C. Schubart, Berlin-Lichtenberg Ritterg. 34.

Zum Artikel: Unser Arbeitsnachweis

In Nr. 58 der »Gr. Pr.« geht uns von Herrn A. Zeitl in Einbeck eine Berichtigung zu, in der der Genannte folgendes erklärt:

1. Die Behauptung, daß ich in verschiedenen Tagesblättern inseriere, um Stecher zu bekommen, ist un-wahr.
2. Unwahr ist auch, daß ich mich mit Gehilfen in Verbindung gesetzt habe oder durch Versprechungen solche für mich zu gewinnen versucht habe.
3. Wahr dagegen ist, daß alle bei mir beschäftigt gewesen und noch beschäftigten Formstecher aus freiem Antriebe bei mir in Beschäftigung getreten sind. A. Zeitl.

Zu dieser Berichtigung stellen wir zunächst fest, daß das, was Herr Zeitl unter Punkt 1 berichtigt, gegen ihn gar nicht behauptet worden ist. Wenn Herr Zeitl den Artikel in Nr. 58 noch einmal ruhig durchliest, wird er finden, daß seine Anstalt mit den Ausführungen über die Insertion in der Tages-presse absolut nicht in Verbindung gebracht werden kann. Auf das, was unter Punkt 2 berichtigt wurde, gedenkt Kollege Schubart, der Verfasser des Artikels, später noch auf Grund von Beweis-material zurückzukommen.

Aus den Sektionen.

Leipzig. In unserer Versammlung vom 9. De-
zember gedachten die sehr zahlreich erschienenen Kollegen zunächst des verstorbenen Kollegen Bauer (Tapetendrucker) und ehrten ihn durch Erheben von ihren Plätzen. Nach einem Bericht über den Stand der Bewegung der Lithographen und Stein-drucker sprach die Versammlung den Kämpfenden ihre volle Sympathie aus und erklärte, daß auch die Kollegen der Tapetenbranche zu einem guten Aus-gange beitragen werden, da die Bewegung, wie sie auch ausfallen möge, rückwirkend auf unsern Beruf sein muß. Ferner stimmten die Kollegen dem An-trage auf Abführung einer einmaligen Extrasteuer im Betrage von mindestens 10 Proz. eines Wochen-lohnes als Weihnachtsgeschenk für die Kämpfen-den einstimmig zu. Nach Erledigung einiger lokaler Angelegenheiten empfahl der Vorsitzende den Versammelten, den Artikel »Unser Arbeits-nachweis« in Nr. 58 der »Gr. Pr.« gründlich zu studieren. Aus der Versammlung wurde angeregt, zugunsten der im nächsten Jahre stattfindenden Verhandlungen mit den Unternehmern über unsre Berufsverhältnisse eine gründliche Agitation zu ver-anstalten, denn nur in einer sehr gut organisierten Kollegen-schaft liegt die Garantie für einen günstigen Abschluß dieser Verhandlungen.

Lüneburg. Am 3. Dezember veranstaltete unsere Zahlstelle eine Agitation unter den Nicht-organisierten, an der sich auch einige Kollegen aus Otensen und Harburg beteiligten. Der Erfolg war glänzend, da sämtliche Nichtorganisierten dem Ver-bande beitraten. Daraus ist zu ersehen, daß die Kollegen endlich erwacht sind und eingesehen haben, daß ohne den Verband nichts zu erreichen ist. Da die Eingetretenen in der Firma Gebr. Ernst beschäftigt sind, die den Tarif noch nicht anerkannte, fand am 10. Dezember eine Versammlung statt, die nach einem mit großem Interesse aufgenommenen Vortrage unseres Gauleiters Kollegen Ulrich über die wirtschaftlichen Kämpfe beschloß, der Firma den Tarif zu unterbreiten. Nach längeren Verhandlungen erklärte sich die Firma zur Anerkennung des Tarifs bereit, doch weigerte sie sich, die 5 pro-zentige Lohnzulage zu gewähren, da sie erst einigen Stechern zugelegt habe. Mit der Ablehnung der Zulage haben sich aber die Kollegen nicht einver-standen erklärt, sondern sie reichten die Kündi-gungen ein. In der Firma war stets die Treiberei zu Hause. Die Fenster sind weiß angestrichen, damit niemand hinaussehen kann. Nur durch voll-kommene Einigkeit der Kollegen werden sich diese Zustände beseitigen lassen. Einigkeit macht stark!

Feuilleton.

Unser Weihnachtstraum.

Kein Weihnachtstraum, wie er die Fäden
in and'ren Jahren um uns spann,
Fließt heut durch Tür und Fensterläden
Und zwingt den Geist in seinen Bann.
Denn unerhörte Sorgen schweben
Um jeden Herd in banger Schaar
Und machen schwerer noch das Leben,
Denn jemals sonst, dem Proletar.

Der Weihnachtskerzen mildes Feuer
Macht diesmal nicht die Herzen warm:
Nur waren Fleisch und Brot so teuer,
Und der Ernährer nie so arm!
Der Winter zerrt am dünnen Kittel,
Daß Dich umschauern Sturm und Kälte!
Kaum langt es für die Nahrungsmittel,
Wo käm' für Kleidung her das Geld?

Nie war der Weihnachtsglanz so trübe,
So hart von Sorgen rings umdroht!
Das ist nicht mehr das Fest der Liebe,
— Das ist das Fest der Hungersnot!
Was auch die Glockenstimmen künden,
— Ach, sie verhalten ungehört,
Wo Qual und Pein den Einlaß finden,
Wo man dem Mensch das Letzte raubt!

Kein Weihnachtszauber kann verdecken
Das Elend, das im Lande frieret,
Das knochig-grau aus allen Ecken
Mit hoblen Totenaugen stiert!
Bald aber muß das Blatt sich wenden,
Und der Bedrückte heischt sein Recht:
Ein freier Mann mit starken Händen
Fühlt sich der Arbeit müder Knecht!

Er hebt das Haupt und reckt den Nacken;
Der Tag der Wahl ist nicht mehr fern,
Dann wird er, die ihn quälten, packen
Und lachend hin zur Urne zerr'n!
Dort werden zitternd sie's gewahren,
Daß in den Himmel wächst sein Baum!
Zur Wahrheit macht, ihr Arbeitsscharen,
Im Land rings diesen Weihnachtstraum!

L. L.

Zum Nachdenken.

Unter der Ueberschrift »Zwei Momentbilder«
schreibt dem »Grundstein« ein Mitarbeiter:
Vor einigen Wochen hatte ich ein Erlebnis, das
vielleicht manchem kaum der Erwähnung wert
scheint, das ich aber trotzdem hier schildern möchte:

Alle Zuschriften

und Geldsendungen, die Insertion be-
treffend, sind nicht an die Redaktion
sondern an die Expedition zu
senden.

Chiffre-Insertate

finden im Arbeitsmarkt keine Aufnahme
mehr. Die Expedition.

Stellenangebote

Gesucht per sofort tüchtiger
Positiv - Retuscheur
f. Maschinen-Retusche. Off. u. Zeugnis-
abschriften an [210]
Brunotte & Keese, Düsseldorf.

Tüchtige Retuscheure

für amerik. Maschinenretusche und
perfekte Fertigmacher
in Drei- u. Vierfarbentzungen ges.
Off. erb. unter Ang. der Gehaltsanspr.,
des Alters u. unter Beifüg. von Mustern
von selbstgefertigten Arbeiten. [330]
**J. G. Scheller & Gliesecke, Repro-
duktionsanst., Leipzig, Brüderstr. 26/28.**

Heliogravure- : Retuscheur :

für Negativ- und Diapositiv-Retusche
zum baldigsten Eintritt in dauernde
Stellung gesucht. Nur ganz vorzügliche
Kraft mit langjährigen Zeugnissen kann
Berücksichtigung finden. Gefl. Offerten
mit Gehaltsansprüchen und Zeugnis-
abschriften erbeten an [420]
**Brend'amour, Simhart & Co.,
München, Nymphenburgerstraße 20.**

Ia. Maschinen - Retuscheur

ges. Off. m. Gehaltsansprüchen erbeten.
Albert Wolf, Mannheim.

Zur Vergrößerung unserer Positiv-
Retusche suchen wir noch eine
tücht. Maschinenkraft.

**Richard Labisch & Eisler,
Hamburg, Barkhof. [180]**

Tücht. Reproduktions- Photograph

für Schwarz-Autos gesucht. Derselbe
muß auch Kenntnisse haben in Farben-
aufnahmen u. Behandlung von Trocken-
platten. Stellung angenehm u. dauernd.
Kirstein & Co., Leipzig-Pl.

Zentral -Arbeits - Nachweis der Lichtdrucker Deutschlands

verlangt

Ia. Dreifarbendrucker

eventl. geeignete Kräfte mit Fähigkeit
und Interesse für dieses Verfahren, sowie
einen älteren erfahrenen

Licht - Drucker für Russland.

**Hugo Albrecht, Rixdorf,
Schillerpromenade 6.**

Nachschneider

für Auto, der in Strich zeitweise helfen
soll, in dauernde Stellung gesucht. Off.
mit Angeboten über bisherige Tätigkeit,
Alter und Gehaltsansprüchen erbeten an
Carl Schütte, Berlin W. 66.

Messingstecher

ges. E. Kulick, Harburg a. E. Wallstr. 50.

Tüchtiger Schwarzdrucker

sowie zuverlässiger
Monteur
sofort gesucht. Gefl. Offerten m. Ge-
haltsansprüchen an [270]
Ludwig Kriegbaum, Nürnberg.

Mehrere tüchtige Messingstecher

sucht durch d. Arbeitsnachweis b. dauern-
der Stellung zum baldigen Eintritt. [210]
**Otto Peters, Formstecherei,
Berlin, Kopenhagenerstraße 31.**

Einige tüchtige Messingstecher

stellen ein **Schäffer & Dreßler,
Bonn a. Rh., Landkaule 11. [150]**

Mehrere tüchtige Messingstecher

sowie ein
Holzstecher

werden durch d. Arbeitsnachweis ges.
**C. Schubart, Lichtenberg-Berlin,
Rittergutstraße 24.**

Verchiedenes

Graphische Fachklassen
Buchdruck, Satz, Lithographie, Stein-
druck, Photochemische Verfahren,
Entwurf und Werkstatt-Ausbildung.
Prospecte frei. Kursangehörbesuche
Barmes

Fachliteratur.

Der praktische Umdrucker.
Von Bernh. Enders, umfaßt das Gesamt-
gebiet des Umdr. Preis inkl. Porto 85 Pf.
Der Aluminiumdruck (Algraphie).
Von K. Wellandt. Preis inkl. Porto 85 Pf.
**Senefelders Lehrbuch der Litho-
graphie und des Steindruckes vom
Jahre 1821.**

Preis inkl. Porto für Verbandsmitglieder
4,50 Mk., sonst 7,50 Mk.
Zu beziehen durch
Conr. Müller, Schkeuditz.

„Matt-Lack“ [300

Bester Farbenzusatz gegen Kleben, Hart-
Blankwerden u. Aufreißen der Abdrücke,
Rinnen der Farbe. Preis Kilo Mk. 3,50;
bei 10 Kilo Mk. 3,—.

„Harmalein“

Vorzüglicher weißer Trockenstoff in
Paste, kein Herunterweichen der Farben
mehr. Auch beim Chromo- u. Buntdruck
verwendbar, da jede Farbe gut abhebt.
Kilo Mk. 3,50.

„Bronsol“

Gibt festhaltende, glatte Bronze, auch
bei losen, ungelegneten Papieren. Preis
Kilo Mk. 4,—. **Gegen Nachnahme.**
Kunden erhalten neuestes Tonschutz-
Rezept gratis. **F. Hanko, Ham-
burg 22, Wohldorferstr. 60.**

Verbandsnachrichten

Achtung! Rheydt!
Auskunftsverteiler
Paul Naumann, Nordstraße 33.

sofort bei seinem Auftreten mit Beifall überschüttet,
der ander' Redner hat seit 25 Jahren gearbeitet,
hat an leiten der Stelle eine große Organisation mit
aufgebaut, hat die Bewegung seiner Berufskollegen
wie kein Zweiter gefördert, und als er zu ihnen in
erster Stunde reden wollte, empfangen ihn Be-
leidigungen. Sind diese Ergebnisse nicht des Nach-
denkens wert? (Grundstein).

Vom Büchertisch.

Unsere Schrift. Drei Abhandlungen zur
Einführung in die Geschichte der Schrift und des
Buchdrucks von **Dr. Karl Brandl**, ord. Prof. an der
Univ. Göttingen. Verlag von Vandenhoeck &
Ruprecht, Göttingen. Mit 89 Abbildungen im Text
und drei Beilagen. 80 Seiten 8°. Preis 2,60 Mk.,
gebunden 3,20 Mk.

Wir fühlen kein Bedürfnis, uns in den Streit,
der unter den Kampfzügen »Hie Antiqua« oder
»Hie Fraktur« in Deutschland entbrannt ist, zu
mischen. Die deutsche Arbeiterklasse hat wichtigere
Aufgaben zu lösen, als daß sie sich für jenes
müßige Gezänk besonders erwärmen könnte. Gleich-
wohl sei rühmend hervorgehoben, daß Prof. Dr.
Brandl, der in seinem Werkchen eine Einführung
in die geschichtliche Entwicklung unserer Schrift
zu geben bemüht ist, den Schriftstreit in vorurteils-
freier Weise behandelt. Gerade weil er sich frei-
hält von dem nationalistischen Praesentium der
meisten Frakturverfechter, ist seine Schrift zu einer
interessanten und auf beiden Seiten beachtenswerten
Abhandlung über die Schriftfrage geworden. Und
wenn letztere uns als **Arbeiter** auch nicht berührt,
so ist das Buch für uns als **Grafiker** doch immer-
hin freundlicher Beachtung wert.

**Statistik über Betriebs-, Organisations- und
Tarifverhältnisse sowie über Arbeitszeit, Entlohnung
des Hilfspersonals in Buch- und Steindruckereien.**
Aufgenommen im Januar 1911. Verlage des Ver-
bandes der Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter
und -Arbeiterinnen Deutschlands, Sitz Berlin.
109 Seiten 4°.

Durch diese Statistik wurde eine wertvolle Vor-
arbeit für die Tarifverhandlungen des Buchdrucker-
Hilfspersonals geleistet. Eine eingehende Behand-
lung der Ergebnisse der statistischen Erhebung be-
halten wir uns vor.

In Freien Stunden. Eine Wochenschrift.
Romane und Erzählungen für das arbeitende Volk.
15. Jahrg., Nr. 46 bis 47. Verlag: Buchhandlung
Vorwärts, Berlin. Preis pro Heft (24 Seiten 8°)
10 Pf., Vierteljahrespreis 1,20 Mk.

**Die Sozialdemokratie als Arbeitgeberin
und Unternehmerin.** Eine Erweiterung auf die
gleichnamige Schrift des Dr. Fritz Neumann, Friedenau-
Berlin. (Sozialdemokratische Flugchriften, X)
Verlag: Buchhandlung Vorwärts, Paul Singer & Co.
m. B. H., Berlin SW. 16 Seiten 8°. Preis 10 Pf.